

# ZUM THEMA

DIE STUDENTENUNRUHEN



ZUM THEMA

VORWORT . . . . .	5
A. DEMONSTRATIONEN UND UNRUHEN (Äußeres Erscheinungsbild) . . . . .	7
B. ANALYSE . . . . .	10
I. Die Unruheaktionen: Beteiligung und Zielrichtungen . . . . .	12
1. Führung der Protestbewegung: SDS . . . . . (Entwicklung, Ausrichtung, Zielsetzung, Strategie und Gruppierungen des SDS)	21
2. Kooperierende Gruppen . . . . . (Höchster Abkommen, Sozialdemokratischer Hoch- schulbund, Liberaler Studentenbund Deutschlands, Humanistische Studentenunion)	23
3. Sympathisierende Gruppen . . . . . (Evangelische Studentengemeinde, übrige Studen- tenschaft, Schüler und Lehrer, Gammier, Hippies, Provos und Rocker)	29
4. Einflußkräfte am Rande . . . . . (Clubs, Schriftsteller, Künstler)	36
5. Einstellung anderer Gesellschaftsgruppen . . . . . (Gewerkschaften, übrige Bevölkerung)	38
II. Gegenstände und tiefere Ursachen der Kritik und Protestaktionen . . . . .	39
1. Gegenstände der Kritik und Protestaktionen . . . . . (Gesellschaft, Hochschulsituation, Politiker, Par- teien und staatliche Institutionen, politische Vor- gänge und Ereignisse)	39
2. Tiefere Ursachen . . . . . (Autoritätsschwund, Mangel an politischer Bildung in der Schule, Sondersituation der Studenten)	46

Herausgeber: Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlich-  
keitsarbeit, 53 Bonn 7, Rheindorfer Straße 198  
(1. Auflage, Juni 1969)  
Druck: Joh. Heider, Bergisch Gladbach

<b>III. Aktionsformen der Proteste und Unruhen</b>	<b>49</b>
1. Friedliche Demonstrationen und Protestüberungen (Spaziergängerprotest, Picketing-lines)	49
2. Formen aktiver Herausforderung, Widerstand, Gewalt (Sit-in, Go-in, Teach-in, Demonstrationen)	50
3. Sonstige Formen und Mittel der Agitation (Streiks, Boykotte, Kampagnen usw.)	50
<b>IV. Die voraussichtliche Entwicklung der Protestbewegung</b>	<b>54</b>
1. Entwicklung im SDS	54
2. Entwicklung bei den anderen radikalen Studentengruppen	56
3. Distanzierung zwischen SDS und linksorientierten Professoren	56
4. Aktionen	57
5. Voraussichtliche Entwicklung in nächster Zeit (Kampagne gegen Hochschule, Justiz, NATO, Bundeswehr, Bundestagswahlkampf)	58
6. Perspektiven der längerfristigen Weiterentwicklung	59
<b>Anmerkungen</b>	<b>62</b>

Die Vorgänge in unserer Studentenschaft und Jugend, mit denen sich diese Veröffentlichung befaßt, haben seit ihren allgemein sichtbaren Anfängen größte Aufmerksamkeit beansprucht und stellen nach wie vor eine Herausforderung an alle gesellschaftlich und politisch tragenden Kräfte in unserem Staate dar.

Nach den Osterunruhen 1968 habe ich der im Bundesministerium des Innern eingerichteten Arbeitsgruppe „Innenpolitische Grundsatzfragen“ als erste größere Aufgabe den Auftrag erteilt, zu dem Problembereich der Unruhe in der Jugend eine vorläufige, kurzfristig verwendungsfähige Beurteilungsgrundlage zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe war dabei im wesentlichen auf die Zusammenstellung und Verarbeitung von Einzelbeiträgen aus den Abteilungen meines Ressorts und auf Auswertung des damals vorhandenen Schrifttums angewiesen. Sie hat jedoch, obwohl von ihren sonstigen Aufgaben als Planungs- und Beratungsgruppe stark in Anspruch genommen, in kurzer Zeitspanne ein umfassenderes analytisches Grundgerüst erstellt.

Die Grundstudie wurde in der Folgezeit von der Arbeitsgruppe in Einzelheiten ergänzt und vertieft und Anfang dieses Jahres dem Bundeskabinett zusammen mit einem auf ihr aufbauenden Gesamtkatalog von Vorschlägen für Reform- und Ordnungsmaßnahmen vorgelegt; sie wurde damit zu einer Orientierungshilfe für die weiteren Beratungen.

Die Studie kann keine wissenschaftliche, umfassende Problemanalyse und -beurteilung bieten. Sie sucht aber wesentliche Grundlinien der Protestvorgänge und Unruhen darzustellen, die vielfältigen Wirkungszusammenhänge grundrißhaft zu verdeutlichen, besonders wichtigen Ursachen und Entwicklungstendenzen nachzugehen und so zu Ansätzen für Konfliktlösungen beizutragen.

Der Informationswert des auf den neuesten Stand gebrachten Materials und vielfache Anfragen nach der Studie haben mich bewegt, hiermit eine noch zweckentsprechend abgerundete, von den eigenen unabhängigen Wertungen der Arbeitsgruppe „Innenpolitische Grundsatzenfragen“ geprägte Fassung der Ausarbeitung einer breiten Öffentlichkeit als Überblicks- und Orientierungshilfe zugänglich zu machen.

Ernst Benda  
Bundesminister des Innern  
Bonn, den 13. Mai 1969

## A. DEMONSTRATIONEN UND UNRUHEN (Außeres Erscheinungsbild)

Unruhe unter den Studenten, Proteste und Ausschreitungen, hat es in der letzten Zeit in zahlreichen Ländern der Welt gegeben; dies gilt sowohl für die Staaten der westlichen Welt

(z. B. USA<sup>1</sup>, Frankreich<sup>2</sup>, England, Belgien, Italien, Japan) als auch für Ostblockstaaten

(z. B. Polen, Jugoslawien, Tschechoslowakei) und die Entwicklungsländer

(z. B. Korea, Südvietnam und verschiedene Länder Südamerikas).

Dieses internationale Phänomen hat insbesondere in den USA und Deutschland erhebliche innenpolitische Auswirkungen gehabt. Proteste aus aktuellem Anlaß weiteten sich auf permanente Unruhen aus.

### Markante Inlandereignisse

In der Bundesrepublik Deutschland häufen sich seit Frühjahr 1965 mehr oder weniger gewalttätige Aktionen radikaler studentischer Gruppen. Höhepunkt der Ausschreitungen, die oft über jedes vertretbare Maß einer demokratischen Auseinandersetzung hinausgingen, waren die Osterunruhen 1968 nach dem Mordanschlag auf Dutschke.

1. Es begann in Berlin:
  - Die ersten Aktionen richteten sich gegen Maßnahmen der Verwaltung der Freien Universität.
- Am 7. Mai 1965 protestieren 500 Studenten; Anlaß ist die Aufrechterhaltung des Hausverbots für Erich Kuby, der an einer Podiumsdiskussion teilnehmen soll.
- Ab Sommer 1965 Proteste und Störaktionen unter Anwendung neuer Demonstrationstechniken („begrenzte Regelverletzung“), zuerst in Berlin, dann in mehreren anderen Universitäten.

● Die Vietnampolitik ist Gegenstand einer Demonstration am 5. Februar 1966, an der 2.000 Personen unter Führung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) teilnehmen.

● Zu Beginn des Jahres 1967 häufen sich studentische Aktionen gegen „Polizeiwilkkur“.

2. Der Staatsbesuch des iranischen Herrscherpaares bringt einen ersten Höhepunkt im Verlauf der Unruhen:

● In mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in Berlin, demonstrieren Studenten.

Der Tod des Studenten Ohnesorg am 2. Juli 1967 bei einem Tumult vor der Deutschen Oper in Berlin führt zu einer explosionsartigen Solidarisierung innerhalb der Studentenschaft. An fast allen deutschen Universitäten und Hochschulen werden Trauerkundgebungen veranstaltet. Den Trauerkundt in Berlin begleiten 15.000 Menschen.

3. Es folgt eine Phase der Konsolidierung und Formierung der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (ApO):

● Mitte Juni 1967 findet in Frankfurt/M. der erste Kongreß der am 26. Februar 1967 mit Unterstützung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gegründeten Schülerorganisation „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ (AUSS) statt.

● Am 26. Oktober 1967 wird in der Freien Universität in Berlin die Gründungsversammlung der von Studenten und Assistenten organisierten „Kritischen Universität“ veranstaltet.

4. Die Unruhen nehmen seit Ende 1967 eine permanente Form an:

● In verschiedenen Städten demonstrieren Studenten gegen den Vietnam-Krieg, die politischen Verhältnisse in Griechenland und den Springer-Konzern.

● Höhepunkt der Vietnam-Demonstration ist ein Vietnam-Kongreß am 17./18. Februar 1968 in Berlin; 10.000 Menschen demonstrieren durch die City.

● Der Universitätsbetrieb wird gestört:  
Im November 1967 Zwischenfälle bei der Rektoratsübergabe in Hamburg.

Unterbrechung einer Vorlesung von Professor Carlo Schmid. Im Januar 1968 Schließung des romanistischen Seminars an der Freien Universität.  
Vorlesungsstreik in Baden-Württemberg.

● Weihnachtsgottesdienste in Berlin, Hamburg, Münster, Bonn werden durch Vietnam-Demonstrationen gestört.

5. Anfang des Jahres 1968 zeigen sich Gegenwirkungen:

● Im Anschluß an den Vietnam-Kongreß in Berlin rufen Senat, Parteien und Gewerkschaften zu einer Gegenkundgebung auf. Diese findet unter großer Beteiligung der Bevölkerung am 21. Februar 1968 statt; es kommt zu Ausschreitungen gegenüber Gegendemonstranten und Personen, die wie oppositionelle Studenten aussehen.

● Auf einer Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München Anfang März 1968 erwägen einige Hochschulen (München, Saarbrücken, Würzburg, Karlsruhe, Clausthal-Zellerfeld, Bonn), den VDS wegen dessen Linkstendenz zu verlassen.

● Die Vertreter des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) verlassen das von der FDP veranstaltete Notstandshearing, weil sie den ebenfalls geladenen VDS-Vertretern das politische Mandat absprechen.

6. Der Mordanschlag auf Dutschke am 11. April 1968 führt zu einer zweiten hohen Solidarisierungswelle und gibt den Auftakt für die „Osterunruhen“.

● Auf das Attentat reagieren die Studenten spontan mit Demonstrationen unter anderem in Berlin, Frankfurt/M., Bremen, Düsseldorf, Freiburg, Ulm, Dortmund, Bonn.

- Die im Anschluß an die spontanen Aktionen vom SDS inszenierten „Osterunruhen“ in zahlreichen Städten von Hamburg bis München richteten sich gegen den Springer-Konzern; es wird mit Gewalt versucht, die Auslieferung der Springer-Zeitungen zu verhindern. Dabei führen die gewalttätigen Ausschreitungen in München zum Tod von zwei Unbeteiligten, Frings und Schreck.
  - Am 1. Mai 1968 finden zahlreiche Kundgebungen der sogenannten ApO statt; in Berlin nehmen 40 000 Menschen teil.
7. Die Zeit vom 8. bis 30. Mai 1968 ist gekennzeichnet durch die „Anti-Notstands-Kampagne“:
  - Der diszipliniert durchgeführte Anti-Notstands-Sternmarsch auf Bonn zählt 30 000 Teilnehmer.
  - Die zweite und dritte Lesung der „Notstandsgesetze“ Ende Mai führen zu Protesten, Streiks, Besetzung von Hochschulinstituten, Unterbrechung von Theateraufführungen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Deutschland.
  8. Auch im Spätsommer und Herbst 1968 reißen die Unruhen an den Universitäten nicht ab; sie bleiben aber im wesentlichen auf den Hochschulbereich beschränkt. Es mehren sich jedoch die Fälle, bei denen Gerichtsverhandlungen gegen Teilnehmer früherer Aktionen zum Anlaß für Störungen genommen werden (Tübingen, Hannover, München, Frankfurt, Göttingen, Berlin).
  - Zu Beginn des Wintersemesters 1968/69 kommt es am 4. November 1968 in Berlin anläßlich des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Rechtsanwalt Mahler zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.
  9. Einen weiteren Höhepunkt haben die studentischen Unruhen seit Anfang Januar 1969 erreicht: Unter Führung von Cohn-Bendit wird das Institut für Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt be-

setzt; am 7. Januar 1969 wird bei einem „teach-in“ in der Universität der hessische Kultusminister Schütte mit Wasser übergossen, mit Senf beworfen und am Verlassen des Hauses gehindert.

Die gegen mehrere Studenten der Freien Universität Berlin auf Grund einer neuen Hausordnung eingeleiteten Verfahren sind der Anlaß für Krawalle in Berlin. Die Störungen des Lehr- und Forschungsbetriebes führen zur Schließung der juristischen Fakultät der Freien Universität am 15. Januar 1969.

Bei der Verhaftung von fünf des Landfriedensbruchs und des Hausfriedensbruchs angeklagten Studenten in den Räumen des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Heidelberg (10. 1. 1969) kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten. Schwere Störungen des Lehr- und Forschungsbetriebes, Rektorsbesetzungen und eine Welle von Solidaritätsaktionen in fast allen Hochschulen und Universitätsstädten schließen sich an. An mehreren Hochschulen kommt es wegen anhaltender Störungen des Lehrbetriebes sowie wegen Verwüstungen in Universitätsgebäuden zur Schließung von Fakultäten und Instituten, vor allem in Berlin. Die Einleitung von Hochschul-Hausordnungsverfahren gegen einzelne terroristisch besonders hervorgetretene Studenten gibt Anlaß zu weiterer Verschärfung der Unruhen.

10. Ende Januar und Anfang Februar 1969 ist eine weitere Ausbreitung und Steigerung der Unruhen zu verzeichnen:

In verschiedenen Städten kommt es zu erheblichen Gewalttätigkeiten, unter anderem anläßlich des Konzerts der Berliner Philharmoniker zugunsten der deutschen Sporthilfe. Der über Spanien verhängte Ausnahmezustand, die Lage in Griechenland sowie „politische Urteile“ im Iran und in der Türkei werden als Parallelen zu Verhältnissen in der Bundesrepublik hingestellt und werden Anlaß für gemeinsame Aktionen deutscher Studenten und fremder Staatsangehöriger; die Ausschreitungen richten sich vor allem gegen ausländische Konsulate.



Verstärkte Agitation linksradikaler Studenten und neue Krawalle löst die vorläufige Festnahme des Studentenführers Krahl aus Anlaß einer Institutsbesetzung in Frankfurt und die Gerichtsverhandlung gegen Krahl (5. 2. 1969) aus. Erneut werden Universitätsinstitute verwüstet, verschiedentlich aber auch durch Polizeieinsatz geräumt. Öffentliche politische Veranstaltungen werden durch Krawalle gestört.

11. Gegen Mitte Februar 1969 deutet sich eine leichte Abnahme der gewalttätigen Aktionen und Störaktionen — wohl mitbedingt durch verstärkten und flexiblen Polizeieinsatz, aber auch Semesterferien — an:

Die öffentlich propagierten Aktionen und „Großdemonstrationen“ gegen

- den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland

- die Bundesversammlung in Berlin

bleiben aus; es kommt nur zu vereinzelt kleineren Demonstrationsversuchen und Protestauftritten. Der linksradikale SDS propagiert eine flexiblere Aktionstechnik gegenüber den polizeilichen Maßnahmen.

Seit Mitte Februar richten sich die Studentenproteste und die Agitation linksradikaler Studentengruppen in zunehmendem Maße gegen Hochschul-Gesetzentwürfe. Nennenswerte Ausschreitungen bleiben jedoch aus. Dagegen kommt es vereinzelt zu Protestauftritten und Krawallen, die sich gegen Wehrpflicht und Bundeswehr richten.

Die Ostermärsche und -kundgebungen bleiben — trotz intensiver agitatorischer Vorbereitung von seiten verschiedener linksradikaler Gruppen — ohne größere Zwischenfälle. Sie bieten das Bild einer nur mäßigen Beteiligung.

Der anschließende Zeitraum steht im Zeichen von Protesten gegen die Fachhochschul-Politik und von einzelnen Vorlesungsstreiks sowie „ApO“-Aktivitäten von lediglich lokaler Bedeutung (Schmierereien, „Straßenumbenennun-

gen“ und Einzelstörungen sowie Flugblattaktionen mit Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung).

Die 21. Ordentliche Mitgliederversammlung des VDS in Köln (3.—10. März 1969) befaßt sich nicht mit Sachfragen der Hochschulreform, sondern ist beherrscht von Auseinandersetzungen über sozialrevolutionäre Fragen. Nach heftigen Konfrontationen zwischen SDS-Mitgliedern und dem kommissarischen VDS-Vorstand, die eine weitgehende innere Zerrissenheit der revolutionären Studentenbewegung offenbaren, werden Pläne für eine neue Struktur des VDS beschlossen, die den Dachverband der Allgemeinen Studentenausschüsse in einen sozialrevolutionären Kampfverband umformen und damit die Funktion einer gesamtstudentischen Vertretung preisgeben. — Die gemäßigten Studentenvertreter gründen daraufhin aus Protest eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft, den „Initiativausschuß Deutscher Studentenschaften“ (IDS).

Einen vorläufig letzten Ausblick bietet die Delegiertenkonferenz des SDS am Wochenende des 13./14. April, an der sich auch der VDS beteiligt hat:

Außer der Wahl eines neuen Vorstandes konnten verbindliche Beschlüsse nicht gefaßt werden, da die Auffassungen von „Theorie und Praxis“ in den lokalen Gruppen zu unterschiedlich sind und der Verband seine innere Organisationskrise noch nicht überwunden hat. Der Trend zur Dezentralisierung des Verbandes, zur größtmöglichen Mobilität und Eigenverantwortlichkeit der örtlichen SDS-Gruppen, hat sich noch verstärkt.

SDS und „ApO“ haben einen „heißen Sommer“ angekündigt.

## B. ANALYSE

Das in Umrissen dargestellte Erscheinungsbild der Unruhen und der auffallendsten Einflußkräfte gibt im wesentlichen nur einen Eindruck von dem Grad der Beeinträchtigung der Lehr- und Lernfreiheit an den Hochschulen und von Art und Ausmaß der Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. In den Geschehensabläufen und Störungssymptomen deuten sich aber tiefere Gründe und Zusammenhänge an, die eine sich von den bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen absetzende Bewußtseinsentwicklung in der Studentenschaft und Jugend erkennen lassen. Darin liegen vielfache mittelbar fördernde Impulse aber auch ernste Gefahren für die Freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates. Versäumnisse werden sichtbar. Neben und in Verbindung mit sozialpsychologischen Gegebenheiten tragen vor allem Wirkungen und Mängel der bestehenden formalen Struktur und Verhaltensstruktur unserer demokratisch organisierten Gesellschaft zu den Unruhemotiven bei. Manches deutet darauf hin, daß letztlich Probleme der Berücksichtigung des Menschen in unserem fortschreitend technisch, rational und arbeitsteilig organisierten politischen Ordnungssystem aufgeworfen werden. Es stellt sich die Frage nach politischen und gesellschaftlichen Leitbildern und sogar nach Erfordernissen der Menschenführung in unserer Demokratie.

Abhilfen und Verbesserungen, Ordnungs- und Schutzmaßnahmen gegenüber den Gefahren, müssen sich letztlich auf die tieferen Ursachen der Unruhen ausrichten, die sich nur einer eingehenderen Analyse erschließen. Diese Analyse muß Aufschluß geben über

- Beteiligung (Personengruppen)
- Zielrichtungen der Aktionen und der Kritik
- Sachberechtigung der Kritik und Forderungen
- Sonstige tiefere Ursachen
- Aktionsmittel und -formen
- Gegenkräfte
- Trends und erwartbare künftige Aktionen.

Selbstverständlich kann eine Analyse in dem hier vorgegebenen begrenzten Rahmen nur den Versuch unternehmen, den wichtigsten Grundlinien der Ursachenzusammenhänge nachzugehen, um eine erste umfassendere Beurteilungsgrundlage zu gewinnen.

\*

### I. Die Unruheaktionen: Beteiligung und Zielrichtungen

#### 1. Führung der Protestbewegung: SDS

a) Schon in den Anfängen der Unruhen (Berlin) wurde deutlich, daß die Aktionen maßgeblich beeinflusst und zunehmend gesteuert wurden durch den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)<sup>3</sup>. Der SDS hat mehr und mehr die Führung der Protestbewegung übernommen; er hat es mit großem Geschick verstanden, zunächst Unzufriedenheiten und Gefühle des Unbehagens in der studentischen Jugend politisch im Sinne seiner Ziele zu beeinflussen und für die Unterstützung entsprechender Einzelaktionen zu mobilisieren. Den entscheidenden Anstoß für eine „Solidarisierung“ weiter Kreise der Studentenschaft mit dem SDS gaben die tragischen Ereignisse vor der Deutschen Oper Berlin am Abend des 2. Juni 1967. Sie wurden vom SDS propagandistisch dazu genutzt, die Humanität der staatlichen Organe und der Demokratie überhaupt in Frage zu stellen und zu „entlarven“. Dem SDS gelang es aus diesem Anlaß, die Stimmung in der studierenden Jugend zu einer Vertrauenskrise gegenüber den staatlichen Institutionen auszuweiten und politisch-moralisch sich verantwortlich fühlende, demokratischen Idealvorstellungen zuneigende Studenten für radikale politische Zielvorstellungen zu gewinnen.

#### aa) Entwicklung<sup>4</sup>

Im Jahre 1947 wurde der SDS als sozialdemokratisch orientierte Studentenorganisation gegründet. Er entwickelte sich bis 1958 zu einem — demokratisch-rechtsstaatlich eingestellten — angesehenen politischen Stu-



denenverband. Zur Abwägung des SDS von politischen Grundvorstellungen der Sozialdemokratischen Partei kam es, als die SPD ihr Godesberger Grundsatzzprogramm verabschiedete. Bereits 1958 war allerdings eine konsistente Kaderpolitik in den meisten tonangebenden SDS-Gruppen bemerkbar, die u. a. zum Ziel hatte, mißliebige Studenten, die der SPD angehörten, in den SDS nicht aufzunehmen.

Daraus ergaben sich weiter:

- Durchsetzung einer radikalen Opposition gegen die Sozialdemokratie
  - In der Tagespolitik einseitige Kritik des Westens und Verharmlosung des Systems und der Praktiken des Kommunismus
  - Deshalb schließlich Austritt der demokratisch eingestellten Sozialisten und Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB)
  - Juli 1960 Beschluß des Parteivorstandes der SPD, in dem er sich von den Bestrebungen des SDS distanzierte
  - November 1961 Beschluß des Parteivorstandes über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im SDS und in der „Sozialistischen Förderer-Gemeinschaft“ (SDS-Förderer- und Finanzierungsgruppe in den Reihen der SPD) mit der Mitgliedschaft in der SPD
  - Dadurch weitere politische Radikalisierung des SDS (Beanspruchung des Rechts einer nichtlegitimierten Opposition ohne Verantwortung)
  - Teilweise im SDS noch vorhandene Bereitschaft zu politischem Ausgleich mit der SPD wich einer unversöhnlich aggressiven, sendungsbewußten und elitären Haltung.
  - bb) Die Position des SDS heute
- Die Zahl der Mitglieder des SDS ist seit Herbst 1966 sprunghaft gestiegen.
- Herbst 1966: 1.200 Mitglieder im Bundesgebiet einschl. West-Berlin
  - Nach den Unruhen des Sommersemesters 1967: Anstieg bis zum Herbst auf 2.500 Mitglieder.

Mißerfolge und unerfüllt gebliebene Erwartungen im Sommersemester 1968 haben zu einer „Besinnungsphase“ geführt.

- Mitgliederstand September 1968 unverändert 2.500 (nach Angaben des SDS-Bundesvorstandes).
- Der SDS ist damit zur Zeit der an Mitgliederzahl stärkste Studentenverband (zuvor der Ring Christlich-Demokratischer Studenten — RCDS — mit 2.200 Mitgliedern). Nur der SHB ist in noch vergleichbarem Maße — um 500 auf rd. 2.000 Mitglieder — angewachsen.

Der SDS ist heute an fast allen Universitäten der Bundesrepublik vertreten.

In mindestens 38 Städten besitzt er Gruppen verschiedener Art (Hochschulgruppen, Projekt- und Basisgruppen, ad hoc-Komitees usw.). Seit der 23. Delegiertenkonferenz im September 1968 in Frankfurt besteht der Bundesvorstand aus einem „Führungskollektiv“ von 5 Personen. Der SDS ist bestrebt, eine „Bürokratisierung“ und „Zentralisierung“ seines Verbandes zu vermeiden; die Koordinierung der Verbandsarbeit wurde in Spezialbereichen einzelnen SDS-Gruppen in verschiedenen Städten übertragen.

#### b) Ideologische Ausrichtung und Zielsetzung des SDS

Zur Zeit sind folgende Richtungen (Gruppierungen) erkennbar, die allerdings in sich wieder zahlreiche Differenzierungen aufweisen:

aa) die „Antiautoritären“ (mit revolutionär-anarchistischen, caströtistischen, trotzkistischen, maoistischen und ähnlichen Tendenzen)

Hauptwortführer: Gebr. Wolff, Lefèvre, Rabehl, Deutsche, Krahl

bb) die „Traditionalisten“, bestehend aus

- der konservativ-marxistischen, linkssozialistischen Richtung (an Professor Abendroth orientiert),

- der sog. „KP-Fraktion“, die von sich als den „Marxisten-Leninisten“ im SDS spricht.

Dominierend im Verband ist die „anti-autoritäre“ Richtung. Der beherrschende Einfluß der „Antiautoritären“ zeigte sich erstmals deutlich auf der 23. Delegiertenkonferenz im September 1968, als 5 Angehörige der „KP-Fraktion“ ausgeschlossen wurden und der neue Bundesvorstand mit Vertretern des „antiautoritären“ Flügels besetzt wurde.

Ansätze und Grundzüge der „antiautoritären“ SDS-Ideologie:

aa) Die „antiautoritäre“ Richtung im SDS hat sich unter maßgeblichem Einfluß der Theorien von Herbert Marcuse und André Gorz gebildet.

Zu den wichtigsten ideologischen Elementen dieser Gesamtrichtung gehören — in ökonomischer Sicht —:

- die Kennzeichnung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung als „spätkapitalistisch“.
- die These vom „repressiven Zwangscharakter“ des sogenannten Spätkapitalismus und
- die Behauptung, die einzige rationale Alternative zum bestehenden System liege in einer „qualitativen Änderung“, nämlich Abschaffung des sogenannten spätkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems als Ganzem und Hervorbringung einer neuen Ordnung.

In diesem Rahmen werden — mehr oder weniger miteinander verbunden — folgende Gedanken entwickelt, die schließlich in eine umfassende Gesellschaftskritik und Umsturz-Strategie münden:

- Es scheint, daß der „Kapitalismus“, entgegen dem Marxschen Entwicklungsschema und der revolutionären Strategie Lenins — stabilisierungsfähig ist. Die „kapitalistische“ Ordnung als solche ist jedoch moralisch zu verwerfen und zu beseitigen, weil sie „repressiv“ ist.

- Der Klassengegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten manifestiert sich nicht mehr im Bereich der Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse, im Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der erzeugten Werte.

Vielmehr ist die Arbeiterklasse in fast allen fortgeschrittenen Industriegesellschaften durch wachsende Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse bereits weitgehend sozial integriert.

Die Ablehnung der Gesellschaftsordnung aus diesem Gesichtspunkt hat daher ihre Grundlage verloren.

Danach trifft auch die traditionelle marxistisch-leninistische Strategie für die modernen industriegesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen nicht mehr zu.

- An die Stelle der „Dialektik des wirklichen Elends“ ist aber eine Manipulation der menschlichen Bedürfnisse getreten? Die menschlichen Bedürfnisse sind nicht autonom, sondern „sozial präformiert“ in dem Sinne, daß sie gesellschaftlichen Institutionen ausgeliefert sind und damit denjenigen, die diese kontrollieren (Träger und Mittel: Besitzer der Produktionsmittel; Reklame in ihren vielfältigen Formen).

- „Manipulation“ ist aber auch zwangsläufiger Ausfluß der technisch-wissenschaftlichen Organisation von Produktionsprozessen in der fortgeschrittenen industriellen Zivilisation. In dieser Hinsicht sind die ehemals antagonistischen Klassen weitgehend zu „Komplicen“ geworden, in dem gemeinsamen Interesse, den Bestand und die Verbesserung des Produktionsapparats zu sichern.

- Der Produktionsapparat verselbständigt sich und tendiert dazu, „in dem Maße totalitär zu werden, wie er nicht nur die gesellschaftlich notwendigen Betätigungen, Fertigkeiten und Haltungen bestimmt, sondern auch die individuellen Bedürfnisse und Wünsche“<sup>10</sup>.

- „Repression“ und „Manipulation“ sind somit nicht mehr nur Handlungen im Dienst der Herrschenden; sie entstehen und wirken vielmehr total.

- Diese „Manipulation der Bedürfnisse“ wird den Individuen als „Objekten totaler Verwaltung“ nicht einmal mehr bewußt.

● Die Wiederbelebung des revolutionären Potentials erfordert daher eine „Veränderung des Bewußtseins“ und die Schaffung von „historisch neuartigen Bedürfnisstrukturen“ in der Gesellschaft, die durch den bloßen Konsum nicht befriedigt werden können<sup>11</sup>.

● Elementare menschliche Bedürfnisse, wie diejenigen nach Frieden, Freizeit und Glück, sollen — dem „Leistungsprinzip“ und den Prinzipien stetigen Wirtschaftswachstums entgegengesetzt — als gesellschaftliche Bedürfnisse und als eigene „Produktivkräfte“ die Produktionsprozesse selbst, ihre Organisation und Lenkung, maßgebend mitbestimmen<sup>12</sup>.

● Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prioritäten und Strukturen sollen daran ausgerichtet sein:

Abschaffung der Mechanismen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren

Erziehung eines „neuen Menschen“ mit revolutionärer Bedürfnisstruktur

Orientierung der kollektiven Bedürfnisse nicht nur an Konsumgütern, sondern auch an Dienstleistungen und sozialen Einrichtungen, an Selbständigkeit und freier Zeit.

bb) Umformung in eine Theorie der studentischen Revolution

Aus der veränderten Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie der revolutionären Antriebskräfte und der Bewußtseinslage der Arbeiterschaft in den neomarxistischen Theorien erwuchs die ideologische Wendung, daß der SDS sich selbst und eine darüber hinaus hervorzu- bringende studentische Oppositionsbewegung als Träger eines erlösenden Umsturzes versteht und proklamiert<sup>13</sup>. Marcuse selbst hat in seinen Berliner Vorträgen im Juli 1967 Impulse zu diesem Selbstverständnis des SDS gegeben, indem er die Studentenopposition als revolutionäre Kraft würdigte<sup>14</sup>.

Der sozial ungesicherte und ungebundene Studententatus ist Grundlage dafür, daß der SDS sich als eine der

wenigen noch übriggebliebenen revolutionären Gruppen versteht, die weder durch Einbeziehung in das Berufsleben, in Machtinteressen und -positionen der Gesellschaft, noch durch übermäßigen Konsumgenuß korrumpiert sind<sup>15</sup>.

Die ideologische Zielbestimmung geht davon aus, daß die jetzt fehlende „Dialektik des wirklichen Elends“, die früher die Massen zum Protest trieb und revolutionäre Umwälzungen ermöglichte, ersetzt werden muß durch eine agitatorische Wiederbelebung und Wiederherstellung eines revolutionär-sozialistischen Bewußtseins. Das „falsche Bewußtsein“ der Massen muß durchbrochen werden. Das ist am ehesten dort möglich, wo ein Höchstmaß an Zeit für die „Bewußtwerdung“ zur Verfügung steht: an den Universitäten und Schulen<sup>16</sup>.

Die somit auf eine gesellschaftliche und politische Umwälzung gerichteten Ziele des SDS lassen sich etwa wie folgt konkretisieren<sup>17</sup>:

● Revolutionäre Beeinflussung und Solidarisierung der Arbeiterschaft

● Erschütterung des Vertrauens in den Humanitätsanspruch der bestehenden Demokratie

Anprangerung einer vorgeblich hemmungslosen „Ausbeutungspolitik“ der „imperialistischen“ Demokratien gegenüber den sogenannten unterentwickelten Ländern

Einseitige Zurückführung aller internationalen Konflikte auf das Wesen der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

● Provokation der Staatsgewalt mit dem Ziel, ihren „humanen Charakter“ bloßzustellen.

● Angriffe auf gesellschaftliche Mißstände, eben mit dem Ziel, die bestehende demokratische Ordnung zu diffamieren.

● Revolutionäre Erneuerung der Gesellschaft mit dem Ziel, die „Herrschaft von Menschen über Menschen auf das kleinstmögliche Maß zu reduzieren“<sup>18</sup>.

Diese Zielvorstellungen münden insbesondere in folgende Aktionsziele:

- Herstellung eines Systems von direkter Demokratie — „Rätedemokratie“ —, die es den Menschen erlaubt, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen.
- Abschaffung nicht nur der „Regierungsfunktionen“ der Demokratie, sondern schlechthin aller „Verwaltungsfunktionen“ der modernen Industriegesellschaft.
- Gründung von „Aktionszentren“ — räteartigen Gebilden — an allen Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik.

c) *Innere Weiterentwicklung und revolutionäre Strategie des SDS*

aa) Die beiden letzten Delegiertenkonferenzen des SDS haben gezeigt, daß sich die „Antiautoritären“ im Verband eindeutig gegenüber den „Traditionalisten“ durchgesetzt haben. Den „Traditionalisten“ wird vor allem „Defensivstrategie“ und Zerstörung der Aktionseinheit des Verbandes durch Ablehnung und Verhinderung militanter Aktionen vorgeworfen. Sie werden von der führenden Richtung nur noch als eine quantität négligable angesehen, mit der sich eine Auseinandersetzung nicht mehr lohnt.

Die führenden Vertreter der sogenannten „KP-Fraktion“ in der Gruppe der „Traditionalisten“ haben Bundesseminare veranstaltet, um ihre Anhänger organisatorisch und ideologisch auszurichten. Dabei hat sich die Mehrzahl der Seminar Teilnehmer für die Gründung eines eigenen Studentenverbandes ausgesprochen, während die führenden Kommunisten wie Bernd Hartmann (DKP) aus taktischen Gründen für ein Verbleiben als „Fraktion“ im SDS eingetreten sind. Die an einigen Hochschulen gegründeten Hochschulgruppen der DKP verstehen sich nicht als Studentenverband eigener Art, sondern als „Betriebsgruppen“ der DKP. Die Mitglieder dieser Gruppen sind angewiesen worden, im SDS weiter mitzuarbeiten.

Die Auffassungen über „Theorie und Praxis“ gehen in den lokalen Gruppen des SDS weit auseinander. Dies

und die anhaltenden innerorganisatorischen Schwächen des SDS sowie der sich weiter verstärkende Trend zur Mobilität und Eigenverantwortlichkeit der lokalen Gruppen (Dezentralisierung) haben zur Folge gehabt, daß auf den beiden letzten Delegiertenkonferenzen keine allgemeinen verbindlichen Beschlüsse zur Strategie und Taktik gefaßt werden konnten.

Nach den vorherrschenden Elementen der revolutionären Ideologie und Zielsetzung des SDS und seiner Gruppen ist aber zu erwarten, daß die Weiterentwicklung — nahezu zwangsläufig — in der Richtung der „antiautoritären“ Strömung verlaufen wird:

Die „Traditionalisten“ sind mit ihrer Ideologie nicht mehr zeitgemäß. Sie halten an überkommenen marxistisch-kommunistischen Vorstellungen fest, die nicht mehr auf die Gesellschaft moderner hochindustrialisierter Staaten passen. Die Klassengegensätze sind weithin überbrückt. Zumindest finden sie keine revolutionär tragfähige Grundlage mehr in materiellen — auf materielle Güter bezogenen — Interessengegensätzen. Die Reformbewegung im östlichen Kommunismus selbst entzieht den „Traditionalisten“ zusätzlich die ideologische Grundlage. Außerdem unterliegen alle ideologischen Systeme der ideengeschichtlichen Gesetzmäßigkeit, die nach Weiterentwicklung drängt. Eine entscheidende Wiederbelebung konservativ-marxistischen Ideenguts ist auch von dem Auftreten der DKP im politischen Leben der Bundesrepublik nicht zu erwarten.

Für die Stärkung der „Antiautoritären“ dagegen spricht die Tatsache, daß sich revolutionäre Bewegungen in aller Welt auf neue ideologische, vor allem aber neue politische-strategische Grundsätze und Methoden stützen. Die Voraussage erscheint fast zwingend, daß sich die „progressiven“ SDS-Gruppen und -Führungskader mehr und mehr an den zeitgemäheren, vor allem aber auf Guerilla-Bedingungen eingestellten und in dieser Richtung schon weitgehend „perfektionierten“ strategischen Lehren und Leitsätzen eines Mao, Che Guevara, Giap oder Fidel Castro

orientieren werden. Auch die bisherige revolutionäre Kampfführung des SDS weist schon deutliche Zeichen der Anlehnung an die revolutionären Praktiken Maos auf.

bb) Im Lichte der revolutionären strategischen Grundsätze Maos dürfte sich über die Strategie des SDS folgendes aussagen lassen:

Die revolutionäre Bewegung geht „aufs Ganze“<sup>20</sup>. Sie erstrebt nicht partielle und sachliche Verbesserungen der Gesellschaftsstruktur und des politischen Systems, sondern plant den totalen Umsturz.

Der revolutionären Bewegung muß es vor allem auf „Solidarisierung“, auf Erlangung einer immer größeren Massenbasis, auf eine immer weitgreifende revolutionäre Veränderung des Bewußtseins der Massen ankommen.

Die revolutionäre Strategie ist darauf angelegt, jegliche Schwäche des herrschenden Systems auszunutzen, das System an seinen jeweils schwächsten Punkten zu treffen und in Verruf zu bringen.

Deshalb muß die Konfrontation mit den Ordnungs- und Sicherheitskräften des Systems gesucht werden.

Das Bewußtsein der Massen muß emotionalisiert werden. Dazu ist Gewaltanwendung bei den Konfrontationen mit dem Regime erforderlich. Terror muß zu einer allgemeinen Unsicherheit der Verhältnisse führen. Die Verbreitung von Unruhe und Schrecken muß die breiten Massen aufbringen und die Bereitschaft für revolutionäre Ideen fördern.

Die revolutionäre Bewegung muß die Kräfte und Möglichkeiten des angegriffenen Systems selbst, wo immer möglich, für sich ausnutzen. Die Kräfte des Gegners müssen aufgespalten und „umgedreht“ werden. Die Massen müssen das Bewußtsein der Schutzlosigkeit gewinnen.

Deshalb ist auch das Eindringen in die Massenmedien von entscheidender Bedeutung.

Revolutionäre nach dem Muster Maos müssen ganz auf „erlösenden“ Umsturz eingeschworen sein. Für sie darf es nur die eine Wahrheit geben, daß allein der totale Umsturz alles ändern kann und wird. Die Revolutionäre müssen daher stur, intransigent und rechthaberisch sein. Mit dem Gegner darf nicht diskutiert werden, er muß „erledigt“ werden. Dies kann nur dadurch geschehen, daß er bloßgestellt, verhöhnt und lächerlich gemacht wird.

Die „Mitläufer“ der Revolution, auch die aktiven Revolutionäre und Kämpfer unterhalb der Führungsschicht, sind nur „Treibstoff“, der möglichst wirksam eingesetzt und „verheizt“ werden muß. Die Menschenopfer, die die revolutionäre Bewegung erleidet, fördern nur die radikale Kampfbereitschaft und dienen so der Sache.

„Repression“ von seiten des angegriffenen Systems ist erwünscht, ja notwendig. Sie erst ermöglicht und legitimiert die Anwendung von „Gegengewalt“, die Anprangerung des Systems als „inhuman“. Durch Gewaltanwendung muß das System sich selbst entlarven und die Bevölkerung von sich abstoßen.

Der Revolutionär muß von der Menge getragen sein und in der Menge untertauchen, wie ein Fisch, der im Wasser schwimmt. Er muß seine Kräfte sparsam, aber schlagkräftig und erfolgssicher einsetzen. Das Operieren in kleinen Einzelgruppen nach gemeinsamem strategischem Plan ist strategisches und taktisches Prinzip für die Anfangs- und Übergangsphasen der Revolution. Erst im Endstadium wird ein Zuschlagen auf breiter Front und mit geballten Kräften möglich sein.

cc) Zur allgemeinen Charakterisierung der revolutionären Strategie und Entwicklung<sup>21</sup>:

Anfangsphasen:

Die revolutionären Kräfte unternehmen wiederholt Sondierungen, um die Reaktionen der etablierten Macht zu



testen. Gleichzeitig wird nach allgemein interessierenden Parolen gesucht, durch die sich Anhänger gewinnen lassen.

Das angegriffene System versucht so geschickt wie möglich, direkte Konfrontationen zu vermeiden. Begrenzte Zugeständnisse werden gemacht, während Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Themen möglichst vermieden wird.

Die revolutionären Führer streben danach, schwache Stellen im System ausfindig zu machen und direkte frontale Zusammenstöße zu provozieren.

Vorgeschrittene Phasen:

Wenn schwache Stellen entdeckt und allgemein interessierende Parolen gefunden und formuliert sind, suchen die Revolutionäre mehr und mehr die Konfrontation. Es kommt zur Gewaltanwendung und deren Steigerung.

In diesen Phasen hat die revolutionäre Aktivität u. a. zum Ziel, die eigene Gewaltanwendung zu legitimieren.

Wenn Gewalttaten schon im Anfangsstadium und frühen vorgeschrittenen Stadium rasch und wirksam unterdrückt werden, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die revolutionäre Aktion selbst in Verruf gerät. Die Gesellschaft neigt im allgemeinen dazu, sich sogar in Krisensituationen, die letztlich auf einen inneren Schwund überkommener Werte zurückgehen, konservativ einzustellen. Die Öffentlichkeit verurteilt revolutionäre Aktionen, vorausgesetzt, daß sie umgehend wirksam bekämpft werden.

Wenn revolutionären Aktivitäten längere Zeit Spielraum gewährt wird, gewinnen sie mehr und mehr an äußerer und scheinbar auch innerer Legitimität. Sie werden so zum Symbol des Zerfalls und Zusammenbruchs der Autorität. Sie wecken darum weitere Unterstützungsbereitschaft und führen zu einer gegenseitigen Eskalation des Angriffs und der Verteidigung, durch die gemäßigte Kräfte schließlich „zerrieben“ werden. Schon durch trotzigen und geschickten Widerstand über längere Zeiträume hin, d. h.

durch Selbstbehauptung der revolutionären Bewegung, wird diese im Bewußtsein breiter Volksmassen legitimiert. Aufdeckung und Aufbauschung sozialer Mißstände unterstützt diesen Prozeß. Wenn Mißstände fehlen, müssen sie von der revolutionären Bewegung künstlich — möglichst indirekt — erzeugt werden. Ein in der Bevölkerung verbreitetes allgemeines Ressentiment gegen „Autorität“ leiht dem weitere Unterstützung.

Anfälligkeiten revolutionärer Bewegungen:

Revolutionäre Führer verlassen sich meist zu stark auf gefühlsbetonte Appelle. Die Verdammung von Gewalt durch sie kann nicht glaubwürdig und erfolgreich sein, wenn die revolutionäre Bewegung selbst mehr und mehr zur Gewaltanwendung schreitet.

Die in Gang gesetzte revolutionäre Dynamik wird meist überschätzt. „Entfremdungen“ der revolutionären Führungsschicht gegenüber den Anhängern, den Mitläufern und der breiten Bevölkerung treten ein. Revolutionäre Bewegungen verlieren in dem Maße an innerer Kraft, wie die Führer den Kontakt mit der Wirklichkeit verlieren.

Revolutionäre Bewegungen brauchen greifbare Erfolge und Fortschritte. Bleiben diese aus, so bringen nur wenige Revolutionäre noch die Kraft und Geduld auf, in ständiger „Ausnahmesituation“ zu leben.

Werden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens des herrschenden Regimes fällige Reformen in vorausschauender und breitenwirksamer Weise durchgeführt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn es gelingt, die extremsten und aktivsten Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren.

## 2. Kooperierende Gruppen (Höchster Koalition)<sup>21</sup>

a) Seiner politischen Isolierung hat der SDS wirksam entgegen gewirkt durch Abschluß des sog. „Höchster Abkommens“ vom Mai 1964, das zur Durchsetzung einer

fortschrittlichen Hochschulpolitik zwischen dem Bundesverband Deutsch-Israelischer Studentengruppen (BDIS), der Humanistischen Studentenunion (HSU), dem Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD), dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) und dem SDS geschlossen worden ist. In diesem Zusammenschluß hat sich der SDS eine führende Position gesichert. Die Unruhen in den Jahren 1967 und 1968 haben ein relativ geschlossenes Vorgehen der beteiligten Studentenverbände erkennen lassen.

*b) Politische Standortbestimmung dieser Gruppen*

SHB (ca. 2 000 Mitglieder)

Der Sozialdemokratische Hochschulbund wurde nach der Trennung der SPD vom SDS gegründet. Während ursprünglich die Einstellung des Hochschulbundes als Gänzlichem mit der politischen Konzeption der SPD übereinstimmte, ist heute der politische Standort seiner Mitglieder schwer bestimmbar. Die Skala reicht von einer Widerspiegelung aller in der SPD vertretenen Richtungen bis zu linksradikalen und der antiautoritären Gruppe des SDS angenäherten Auffassungen. Im Unterschied zum SDS dürfte die Mehrheit des SHB die parlamentarische Demokratie als Staatsform im Grundsatz bejahen. Die politischen Ziele des SHB liegen mehr im Bereich der Studien- und Hochschulreform. In letzter Zeit sind allerdings Tendenzen sichtbar, daß der SHB mit gewissem Verspätungseffekt in die Funktion eines Anhängels zum SDS gerät.

LSD (ca. 800 Mitglieder)

Der Liberale Studentenbund Deutschlands stand ursprünglich der FDP nahe. Ein geschlossenes eigenes Konzept hat der LSD nicht; er übernimmt weitgehend die aktuellen politischen Forderungen des SDS und SHB. Aus seinen letzten Verlautbarungen ist zu folgern, daß er die sozialistische Revolution nicht ablehnt.

HSU (ca. 700 Mitglieder)

Die Humanistische Studentenunion arbeitet als Studien-

tenorganisation der Humanistischen Union mit den politisch linksorientierten Hochschulgruppen zusammen. Ihre Mitglieder sind häufig gleichzeitig Mitglieder auch im SDS und SHB. Die Zielvorstellungen der HSU sind als radikal-liberal zu bezeichnen. Die Interessen des Verbandes sind an den Intentionen der Humanistischen Union orientiert (u. a. „Förderung aller Bestrebungen, die eine freie Entfaltung der religiösen, philosophischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Strömungen gewährleisten“); sie liegen allgemein auf dem Gebiet der Innenpolitik.

*c) Zusammenfassend ist zu bemerken:*

Die in der „Höchster Koalition“ mit dem SDS verbundenen Gruppen haben sich, ungeachtet der Eigenständigkeit bestimmter Grundauffassungen, die für sie jeweils konstituierend sind, bei einzelnen Aktionen und in bestimmten Zielsetzungen weitgehend dem SDS bzw. einer seiner Gruppierungen angeschlossen. Die Hauptforderung dieser Verbände — Reformierung der Hochschulen — wird mit SDS-Kampfmethoden gegen Rektor und Senat vorgetragen und muß in weiten Bereichen als Vorwand für die Verfolgung der ideologischen Ziele des SDS angesehen werden.

**3. Sympathisierende Gruppen**

a) Die Höchster Verbände stehen keineswegs isoliert im politischen Kraftfeld. Ist der bei ihnen organisierte Personenkreis auch relativ klein (4 000—6 000 Mitglieder), so verfügen sie dennoch über ein verhältnismäßig großes Reservoir von Sympathisanten. Diese lassen sich nicht nur leicht zu spontanen Aktionen mobilisieren, sondern unterstützen teilweise auf Grund eigener Initiative die Ziele und Aktionen der radikalen Linken. Die Zusammensetzung dieses Reservoirs ist vielschichtig: Es gehören dazu u. a. Studenten, Schüler und andere Jugendliche.

b) Die wichtigsten Gruppen in diesem Reservoir sind etwa wie folgt zu kennzeichnen:

Evangelische Studentengemeinde in Deutschland (ESGiD)

Die ESGiD ist ein bedeutender Faktor in der Studentenschaft. Wenn sie auch in vielen und grundlegenden Fragen Abstand vom SDS hat und seine radikalen Thesen und Methoden ablehnt, zeigt sich bei zahlreichen Gemeinden, vor allem in Berlin, Frankfurt, Freiburg und Bonn, doch eine stärkere Verbundenheit mit Thesen der sozialrevolutionären Gruppen.

Die ESGiD hat sich sowohl auf Bundesebene als auch in einigen Gemeinden im Sinne der Höchster Verbände geäußert und gemeinsame Flugblätter unterschrieben. Bei studentischen Wahlkämpfen leisten einzelne Gemeinden den Höchster Verbänden organisatorisch-technische Hilfe, ohne jedoch mit ihnen — insbesondere dem SDS — bedeutungslos zusammenzuarbeiten.

#### Die übrige Studentenschaft

Die Mehrheit der Studenten ist nach wie vor politisch inaktiv. Dennoch begrüßen 74% aller Studierenden (nach einer im Auftrag des Spiegels veranstalteten Ennid-Umfrage) die Proteste und Demonstrationen. Nach einer Untersuchung von Professor Wildenmann<sup>23</sup> haben bisher 36% der Studenten an Demonstrationen mit politischer Zielsetzung teilgenommen. Die Führer der Protestbewegung haben es verstanden, die einigen Tatbeständen inwohnenden Solidarisierungsfaktoren auszunutzen und weite Kreise der Studentenschaft für ihre Aktionen zu mobilisieren.

Die Sympathie vieler Studenten beruht nur zum Teil auf Tatsachenkenntnis und eigener Reflektion; sie dürfte im wesentlichen auf ein allgemeines „Unbehagen“ zurückzuführen sein, dessen Gründe in anderem Zusammenhang zu erörtern sind. Der Solidarisierungseffekt ist im wesentlichen abhängig von der Aktualität und Interessennähe

des Anlasses, der zu Protesten und Aktionen führt, ferner von der Reaktion der Staatsgewalt auf diese Aktionen. Darüber hinaus ist die Publizierung des jeweiligen Anlasses von entscheidender Bedeutung. Einem großen Teil der sympathisierenden Studenten ist es unbekannt oder gleichgültig, daß die Führung der Protestbewegung in vielen Fällen den aktuellen Anlaß nur als Vorwand für eigene Ziele verwendet.

Weitgehend fehlt es den Studenten auch an Voraussetzungen dafür, Kritik an der Kritik zu üben.

Diese Tatsachen berechtigen zu der Annahme, daß bei einer verstärkten Aufklärung über die wahren Ziele des SDS und der unter seinem Einfluß stehenden Gruppen ein Teil dieses Sympathisanten-Reservoirs abgebaut werden könnte. Das setzt aber voraus, daß diesen Studenten das Gefühl gegeben wird, daß ihre berechtigten Anliegen ernsthaft geprüft, diskutiert und nach Möglichkeit befriedigend gelöst werden.

#### Schüler und Lehrer AUSS<sup>24</sup>

In den Jahren 1966/67 bildeten sich die ersten Gruppen einer sozialistischen Schülerbewegung. Seit Februar 1967 besteht in Frankfurt/M. das unter Einfluß und Anleitung des SDS von Schülern aus 17 deutschen Städten gegründete „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ (AUSS) als Dachorganisation von Schülergruppen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Die ersten jetzt zum AUSS gehörenden Gruppen bildeten sich in Groß- und Universitätsstädten, in denen ein enger Kontakt zu SDS-Hochschulgruppen hergestellt werden konnte. Inzwischen bestehen darüber hinaus Schülergruppen im gesamten Bundesgebiet; sie umfassen etwa 3000 Mitglieder.

Das AUSS versteht sich als dem SDS nahestehende Dachorganisation verschiedener regionaler, innerhalb der „Apo“ besonders aktiver Schülerorganisationen und -gruppen.

Ziele des AUSS sind:

- „Demokratisierung“ von Schule und Erziehung („Abbau autoritärer Strukturen“)
- Förderung der „politischen Bewußtseinsbildung“ unter den Schülern
- „Organisierte Rebellion“ zur Erreichung dieser Ziele.

Die Schule selbst soll zum Zentrum der politischen Tätigkeit gemacht werden.

Zur Verwirklichung dieser Ziele werden im einzelnen angestrebt:

- Schaffung unabhängiger Schülerräte
- Entwicklung von „Basisgruppen“ an den einzelnen Schulen
- Einsetzung von sogenannten „Arbeitskollektivs“, die möglichst vielen Schülern offenstehen sollen, zu systematischen Aktionen

hinsichtlich des Schulwesens:

- Kampf gegen das „Leistungsprinzip“ (gegen „Belohnung“ durch Zeugnisse; Zeugnisnoten; Jahrgangsklassen; Fächersystem; „autoritäres“ Lehrer-Schüler-Verhältnis)

- Mitbestimmung bei der Auswahl des Lehrstoffes
- Abschaffung jeglicher Zensur von Schülerzeitungen
- Sexuelle Aufklärung im Schulunterricht.

Elternhaus und Schule werden als „Klassengegner“ empfunden.

Verbindungsmann zwischen dem SDS und dem AUSS ist der leitende SDS-Funktionär Günter Amendt. Die bisherigen 4 Delegiertenkonferenzen des AUSS haben enge ideelle Beziehungen zum SDS gezeigt: Über die ursprünglich auf den schulischen Bereich begrenzten Forderungen hinaus erheben die Schülergruppen jetzt zunehmend auch allgemeinpolitische Forderungen. Ausdruck solcher Forderungen sind:

- Förderung des Gedankens der Wehrdienstverweigerung bei den Mitschülern
- Bildung von Ostermarschgruppen in den Schulen
- Teilnahme an Aktionen gegen den Vietnam-Krieg.

Schülergruppen veranstalten auch Lehrgänge zur Einführung in den Marxismus. Der SDS stellt oder vermittelt Referenten für Vorträge; bei Demonstrationen von Schülern gewährt er organisatorische Unterstützung.

Die zahlreichen — häufig von linksradikalen Kräften redigierten — Schülerzeitungen spiegeln diese Einstellungen deutlich wider. Vor allem wird die Bundeswehr negativ dargestellt und mit Polemiken aller Art bedacht. Damit ist vielfach der Aufruf zur Wehrdienstverweigerung verbunden. Im AUSS gibt es zur Zeit — ähnlich wie beim SDS — Tendenzen zu einer „Dezentralisierung“ und „räte-demokratischen Umorganisation“; als Ergebnis der 4. Delegiertenkonferenz in Köln (3.—5. 1. 1969) wurde an Stelle des bisherigen Bundesvorstandes als Zentralorgan ein „Informationskollektiv“ gebildet, dessen Aufgaben — lediglich Koordinierungsfunktionen — Frankfurter und Darmstädter Schülern übertragen wurden. Nach dem neuen „räte-demokratischen“ Selbstverständnis soll das AUSS künftig „Aktionsrat Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ heißen.

Lehrer

Gegenstück der AUSS-Schülerbewegung ist der im März 1968 von 62 Lehrkräften aus Frankfurter Schulen gebildete „Sozialistische Lehrerbund“<sup>25</sup>. Er versteht sich als Teil einer „außerparlamentarischen Opposition“ und legt Wert auf eine Partnerschaft mit dem AUSS. Er fordert eine qualifizierte Mitbestimmung der Schülergemeinschaft bei allen Entscheidungen, die die Schule betreffen, und freie politische Betätigung von Schülern und Lehrern auch innerhalb der Schule.

Diese Lehrerbewegung trifft sich zum Teil mit den Zielen des SDS in der Forderung nach Abbau „autoritärer Struk-



turen" und politischer "Manipulation" innerhalb des Schul- und schulverwandten Lebensbereichs. Der Lehrerbund erklärt sich — wie auch das AUSS — häufig mit Aktionen des SDS solidarisch und nimmt daran teil, wenn gemeinsame Interessen berührt werden. Inwieweit darüber hinaus die ideologischen Vorstellungen des SDS aufgenommen sind, läßt sich zur Zeit noch nicht hinreichend überblicken.

Randgruppen ohne originär politische-ideologische Ansätze: Gamlers, Hippies, Provos, Rokers

Die Jugendlichen und Gruppen von Jugendlichen, die als Gamlers, Hippies, Provos, Rokers etc. bezeichnet werden, empfinden zwar Sympathie für die Aktionen und für gewisse Protesthaltungen der studentischen Linken, teilen aber nicht deren ideologische Motivation. Sie leben aus einer Grundhaltung der Auflehnung gegen eine in ihren Augen „verbürgerlichte“, erstarrte und verlogene Wohlstandsgesellschaft. Traditierte gesellschaftliche Normen und Verhaltensmuster sowie der damit gegebene innere und äußere „Anpassungszwang“ werden abgelehnt und durch andersartige, „individualistisch“ gestaltete Lebensformen ersetzt. Darin zeigt sich vielfach ein Abreagieren, eine Reaktion auf aufgestaute Frustrationen. Zu den Außenformen dieser inneren Grundhaltung gehören: Tabu-verletzung, Schockieren, Beunruhigen, eigene Unordnung (von der Kleidung bis zum obszönen Jargon); den gesellschaftlichen Zwängen aller Art wird mit „freier“ Lebensführung mit Lockerung, mit einem romantischen Hang zur Unsauberkeit begegnet, Gefühle des Alleinseins, der Angst und des Überdresses suchen nach neuen, befreienden Formen des Zusammenlebens und bringen eine diesen Gruppen eigene neue „Subkultur“ hervor<sup>26</sup>.

Bei manchen Gruppen, vor allem denjenigen der „Rokers“, finden sich als Komponente der Frustration ausgeprägte Züge der Aggressivität. Die Rokers stammen ganz überwiegend aus Arbeiterkreisen. Sie sind auf niedrigem Bildungsniveau geblieben, ihr Lebensweg ist vielfach mit der

Erfahrung eines Versagens in der Schule belastet. Sie haben die Anpassung an Leistungsnormen verweigert und das Vertrauen in ihre Lernfähigkeit verloren. Also brechen sie aus: Sie suchen nach einer Lebensweise, die sie nicht zu dauernder Anpassung zwingt, und dies gelingt ihnen nur in der Gruppe. Gegen das Ideal vom höheren Sozialstatus und Lebensstandard setzen sie ihr Cliquesbewußtsein, ihre Solidarität<sup>27</sup>. Ihr Geltungsdrang setzt sich kollektiv um in Gewalttätigkeiten.

Die Proteste der Studenten und Schüler werden von den genannten Jugendlichen-Gruppen als Bestätigung des eigenen, weitgehend auf Protesthaltungen gegründeten Lebensstils empfunden. Die als Ausdruck dieser Haltung veranstalteten oder unterstützten Unruhen sind bei diesen Gruppen zum Teil von der Intention eines „Happenings“ getragen.

### c) Gesichtspunkte zur Gesamtbeurteilung:

Das „Reservoir“ derjenigen Studenten-, Schüler- und sonstigen Bevölkerungsschichten, die bereit wären, sich unter dem Einfluß sozialrevolutionärer Kritik und Agitation gegen die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung zu engagieren, scheint gegenüber dem bisherigen Bild der Solidarisierung, Teilnahme an Protesten, an Demonstrationen und Gewaltaktionen, noch nicht voll ausgeschöpft zu sein. Wie weit aber diese Bereitschaft jeweils geht, läßt sich — auch nach den bisherigen Meinungsumfragen — noch schwer abschätzen. Sicher ist, daß ein weit verbreitetes „Unbehagen“ gegenüber den gegenwärtigen Strukturen in Gesellschaft und Staat vorhanden ist und daß mit der Ausbreitung kritischer Einstellungen zugleich deren Wirksamkeit in der Öffentlichkeit zunimmt. Auf die vielfachen Wurzeln dieses „Unbehagens“ wird noch näher einzugehen sein.

Die weithin vorhandenen Gefühle der Unzufriedenheit — wie immer sie motiviert sein mögen — lassen sich unschwer verstärken und für eine Teilnahme an Aktionen mit idealistisch-politischen, „progressiven“ und letztlich utopischen revolutionären Vorstellungen mobilisieren,



wenn sich auslösende, breitenwirksame Anlässe dafür ergeben. Der SDS und seine engeren Anschließgruppen haben diese Elemente einer schlummernden Solidarisierungsbereitschaft mit dem Erfolg genutzt, daß Demonstrationen und Protestaktionen eindrucksvolle Beteiligungszahlen aufgewiesen haben. Die sympathisierenden Gruppen und alle unzufriedenen Bevölkerungskreise werden vom SDS mit großer taktischer Aufmerksamkeit bedacht, weil sie für ihn die unentbehrlichen Kräfte zur Erlangung der notwendigen „Massenbasis“ — der „Transmissionsriemen“<sup>28</sup> des Umsturzes — sind.

Hier stellt sich die Aufgabe, durch sachgerechte, politisch wirksame und vorausschauende Reformen, aber auch durch entschlossene Abwehrmaßnahmen gegenüber den umstürzlerischen Kräften, eine Ausweitung der Unsicherheit und Unzufriedenheit rechtzeitig aufzufangen, sie in gesellschafts- und staatsfördernde Impulse umzusetzen und im Rahmen dieser Ziele alle Ansätze zu nutzen, die einem Weitergreifen der Solidarisierung mit revolutionären Minderheiten entgegenwirken können.

#### 4. Einflußkräfte am Rande: Clubs, Schriftsteller, Künstler

##### a) Republikanische Clubs<sup>29</sup>

In zahlreichen Städten der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins haben sich sogenannte Republikanische Clubs gebildet. Ihnen gehören — mit jeweils unterschiedlichen Anteilen — politisch tätige Persönlichkeiten, Persönlichkeiten der Wissenschaft, Hochschuldozenten, Mitarbeiter der Massenmedien, Schriftsteller und Journalisten, Künstler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie politisch engagierte Studenten und andere Interessenten der jungen Generation an. Die Republikanischen Clubs sind überwiegend — wenn auch nicht durchweg einheitlich — links-sozialistisch orientiert. Sie sind Foren der Diskussion und Meinungsbildung. Lose Zusammenschlüsse überall im Lande. Sie sind zu Zentren der Meinungsbildung für die opponierende Jugend und die sogenannte Außerparlamentarische Opposition über-

haupt geworden; manche von ihnen widmen sich daneben besonders der Aufgabe, ihre Mitglieder und Freunde mit „gesellschaftlich engagierter Kunst“ vertraut zu machen.

Die ersten Zusammenschlüsse waren der Club Voltaire in Frankfurt/M. und der Republikanische Club in West-Berlin. Der Republikanische Club Berlin hat in seinen sogenannten „Freitagsdiskussionen“, die sich mit dem Gesamthema einer „umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft“ und einer dafür notwendigen „Umfunktionalisierung“ von der „antiautoritären zur antikapitalistischen Opposition“ befaßten, kräftige indirekte Impulse für die linksradikale studentische Rebellion gegeben.

##### b) Engagierte Schriftsteller und Künstler

Die linkssozialistische Opposition und darüber hinaus auch Thesen und Aktionen der sozialrevolutionären studentischen Organisationen finden vielfache Unterstützung aus Kreisen bekannter Schriftsteller und Verlagsunternehmern<sup>30</sup>. Auch bildende und darstellende Künstler haben in Wort oder Tat häufig ihre Solidarität mit Vorstellungen und Protestaktionen der studentischen Oppositionsbewegung bekundet. Darunter finden sich Persönlichkeiten wie Hans Magnus Enzensberger (Herausgeber des „Kursbuches“ im Suhrkamp Verlag), Arno Peters (langjähriger Herausgeber des „Periodikums“), Günter Anders, Heinrich Böll, Werner Hofmann, Christian Geißler, Erich Kuby, Günter Wallraff, Gerd Hirschauer („Werkhefte“, München) und Erich Fried. Dieser Kreis von intellektuellen und Künstlern, in ihrer Mehrzahl mehr gesellschaftskritisch-„idealdemokratisch“ eingestellt, gruppiert sich — in größtenteils kaum engerer als ideeller Verbundenheit — zusammen mit manchen liberal denkenden Juristen und Journalisten um den „Kern“ der linkssozialistisch-marxistischen oder „neomarxistischen“ Theoretiker, zu denen vor allem Abendroth, Habermas, Th. W. Adorno, H. Marcuse und Reimut Reiche gehören. Verlage wie Suhrkamp, Rowohlt, Desch, Luchterhand, Kindler u. a. sind als Herausgeber linksextremer Veröffentlichungen hervorgetreten.

## 5. Einstellung anderer Gesellschaftsgruppen und der Bevölkerung

### a) Gewerkschaften

Aus der Sicht des SDS ist die Arbeiterschaft ein Mittel zur Erlangung der notwendigen Massenbasis.

Die Haltung der Gewerkschaften gegenüber dem SDS war schon seit den Anfängen der radikalen Bewegung von einer kritischen Distanz bestimmt, obgleich einzelne Gewerkschaften (z. B. IG Metall, Berlin) zeitweise zur Solidarisierung neigten. Inzwischen aber haben sich der Vorstand des DGB und auch die einzelnen Gewerkschaften deutlich distanziert.

In der Arbeiterschaft selbst sind keine Ansätze für eine Solidarisierung erkennbar.

Hier liegt der wesentliche Unterschied zu der Entwicklung, die die studentische „Revolution“ im Mai/Juni 1968 in Frankreich genommen hat. Dort konnte die von den Studenten ausgehende Aktion nur deshalb ein solches Ausmaß annehmen, weil sie in der Arbeiterschaft kurzfristig die notwendige Massenbasis fand.

Nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Studenten, Polizei und halbamtlichen Sicherheitskräften kam es erstmals in Frankreich zu einer Aktionseinheit aller Gewerkschaften einschließlich der zunächst ablehnenden kommunistischen CGT. Am 13. Mai 1968 begann ein Generalstreik. Die Solidarisierung der Arbeiterschaft mit den Studenten zerbrach aber, als die Gewerkschaften ihre spezifischen Forderungen in den Vordergrund ihrer Streikziele stellten. Die zeitweise Solidarisierung der Arbeiterschaft mit den Aktionen der Studenten, hervorgerufen durch das Vorgehen der Polizei, hat zur Ausweitung universitätsinterner Konflikte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen maßgeblich beigetragen.

Für eine ähnliche Aktionseinheit zwischen Arbeiter- und Studentenschaft gibt es in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig keine nennenswerten Anzeichen<sup>31</sup>.

### b) Die übrige Bevölkerung

Das Interesse in der Bevölkerung an den Studenten- und Schülerunruhen ist sehr groß. Nach einer (vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veranstalteten) Umfrage<sup>32</sup> haben sich zu Beginn des Jahres 1968 drei Viertel der Bevölkerung mit diesem Tatbestand befaßt.

War zu Beginn der Unruheaktionen noch eine verhältnismäßig breitgestreute Sympathie für Demonstrationen der Studenten und Jugendlichen festzustellen, so ist diese Einstellung in dem Maße aufgegeben worden, in dem die Radikalisierung zunahm. Schließlich haben die sich häufigen Exzesse radikaler Minderheiten, insbesondere Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen, dazu geführt, daß die Protestaktionen von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurden.

Bis vor kurzem war die Mehrheit der Bevölkerung deutlich der Meinung, die staatlichen Organe hätten zu nachsichtig reagiert. Die Forderung nach entschlossenem — wenn auch maßvollem — Vorgehen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurde immer nachdrücklicher erhoben.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat die durch die Unruhen verursachte Unsicherheit für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen gewußt.

Inzwischen mehrten sich die Anzeichen, daß der in letzter Zeit unterschiedenere aber zugleich flexible Polizeieinsatz bei der Zuspitzung von Gefahrensituationen (z. B. Insti- tutsbesetzungen, öffentlichen Krawallen) die Angriffsbe- reitschaft der linksradikalen Agitatoren gedämpft hat und — zumindest vorerst — in Schranken hält.

\*

## II. Gegenstände und tiefere Ursachen der Kritik und Protestaktionen<sup>33</sup>

### 1. Gegenstände der Kritik und Protestaktionen

Die Zielsetzung der vom SDS geführten Aktionen ist letztlich auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlich-

demokratischen Grundordnung unseres Staates gerichtet. Es entspricht der Strategie und Taktik dieser radikalen Minderheit, die Schwächen unserer Staats- und Gesellschaftsform als „Treibsatz“ für ihre eigene revolutionäre Bewegung zu verwenden.

Dies zunächst, aber auch die weiterreichende Aufgabe, die Studentenschaft insgesamt wieder in unsere demokratisch organisierte Gesellschafts- und Staatsordnung voll zu integrieren, macht es notwendig, die Gegenstände der Kritik herauszuarbeiten. Es müssen Ansätze nicht nur für eine oberflächliche Eindämmung, sondern für eine nachhaltige Ausgleichung der Spannungen und Konflikte gewonnen werden.

Die Analyse von öffentlichen Äußerungen, Veröffentlichungen und Meinungsumfragen über die Gegenstände, gegen die sich die Kritik während der Unruhen hauptsächlich richtete, zeigt ein verhältnismäßig breites Spektrum von Kritik- und Protestrichtungen. Folgende größere Sachbereiche lassen sich unterscheiden:

1. Kritik an der Gesellschaft
2. Kritik an der Hochschulsituation
3. Kritik an Politikern, Parteien, staatlichen Institutionen und Verbänden.
4. Kritik an einzelnen politischen Vorgängen und Ereignissen.

Die hauptsächlichsten Einzelpunkte der Kritik und Forderungen werden nachstehend stichwortartig wiedergegeben, noch ohne Unterscheidung, ob sie auf gelenkte Propaganda des SDS und seiner Anschließgruppen zurückzuführen sind, oder aus einem allgemeinen Bewußtsein der rebellierenden Studenten und Jugendlichen hervorgegangen sind. Die zusammenfassende Wiedergabe der Kritiken zeigt jedoch schon, daß vielfach ein wirklichkeitsnaher Sachbezug vorhanden ist, der nicht mehr die Deutung erlaubt, es handele sich nur um zweckhafte Agitation als Ausdruck einer Ideologie.

Im einzelnen:

- a) Die Kritik an der Gesellschaft richtet sich gegen
  - Orientierung der Gesellschaft am materiellen Wohlstand
  - Zweifel an der Moral unserer Gesellschaft

Trotz Fortschritt und Wohlstand sind die Probleme der sog. Dritten Welt ungelöst — weithin herrschen noch Armut, Gewalt, Diskriminierung, Korruption und Hunger. Die moralische Trägheit und Satttheit läßt keine spontanen Aktionen zugunsten hoher Ideale mehr aufkommen.

- b) In bezug auf die Hochschulsituation werden kritisiert:
  - „Unfähigkeit und Unwilligkeit“ der Universität zur Selbstreform
  - unangemessene Hochschulmaßnahmen der Länder
  - unüberschaubare Fakultäten
  - hierarchisches Ordinariatsprinzip
  - zunehmende Stofffülle
  - starre, vielfach berufs- und wirklichkeitsfremde Prüfungsordnungen
  - Überfüllung der Hochschulen
  - mangelnder Kontakt zwischen Studenten und Professoren.

Es ist bekannt und auch in Hochschul-Fachkreisen weitgehend anerkannt, daß die Kritiken und Forderungen in wesentlichen Elementen zutreffen und daß ein grundlegender — den Geist, die Methoden und die institutionelle Form der Hochschulen umfassender — Strukturwandel angestrebt werden muß. Hochschulgesetzentwürfe werden zur Zeit vorbereitet und sind teilweise schon inhaltlich — zumindest in Grundzügen — bekanntgeworden.

Kritischer und gesellschaftsbezogener Geist, Respektierung eines größeren Spielraums für schöpferisches Mit-

denken der Studenten, Einführung der Kleingruppenarbeit und anderer „mitarbeitintensiver“ Lehr- und Lernformen und Ermöglichung von „Erfolgskontrollen“ (Feed back) durch Vorlesungsrezensionen, dürfen den weithin veralteten und erstarrten Formen dogmatischen Dozierens zu dringender notwendiger Reform verhelfen.

Zum Gesamtfeld der Hochschulreform sind eingehende Analysen und wohlüberlegte, die Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigende, in wesentlichen Grundzügen einheitliche Planungen erforderlich. Es erscheint durchaus möglich und angemessen, die Studenten und Studentenverbände hierfür zu schöpferischer Mitarbeit heranzuziehen.

Die größtmögliche Beschleunigung der Hochschul- und Studienreform — jedoch auf der Grundlage von abgewogenen und ausgereiften Vorstellungen — ist das Gebot der Stunde.

Letztlich wichtiger als organisatorisch-politische Eilreformen erscheinen sachlich fundierte Reformen, die der Massensituation an den Hochschulen wirksam begegnen, das wissenschaftliche und gesellschaftsbezogene Engagement der Studenten kräftig fördern, persönliche Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden herstellen und alle Arten von „Unübersichtlichkeiten“ soweit wie irgend möglich beseitigen (vor allem hinsichtlich der Studiengänge, anschließender Ausbildungs- und Fortbildungswegen und des Zugangs zu Berufspositionen). Dazu gehört auch intensive wissenschaftliche Leistungsanforderung ohne quantitative Überforderung.

Die Pläne zur Errichtung von Fachhochschulen gehen nach ihren Grundgedanken schon in diese Richtung. Daneben sollte auch — längerfristig — die Einrichtung von kleineren selbständigen Studieneinrichtungen nach dem Muster der „Colleges“ erwogen werden.

Bei alledem gilt es vor allem im Auge zu behalten, daß das primäre Zwischenziel der revolutionären Gruppen die „ideologische Bewußtseinsbildung“ der breiteren Studentenschaft ist. Das strategische Konzept der langfristigen

gen psychologischen Beeinflussung und Abnutzung (Erzeugung eines neuen „revolutionären Bewußtseins“) hat im taktischen Vollzug schon tiefgreifende Wirkungen erzielt und Ansätze erreicht, die bereits Elemente einer Generationsprägung erkennen lassen. Die Infiltration eines Freund-Feind-Denkens — zunehmend auch in der „Bewußtseinsarbeit“ an den Schulen — beginnt einen studentischen Nachwuchs zu prägen, der sich von mehr oder weniger radikalen ideologischen Vorstellungen leiten läßt. — Alle Sachformen wie auch Bestrebungen zur Änderung des persönlichen und methodischen Verhaltens der Lehrkräfte müssen in entscheidendem Maße darauf gerichtet sein, der ideologischen Bewußtseinsverengung mit wissenschaftlicher „Öffnung“ und Objektivierung zu begegnen, wozu die Ausschaltung von Massenelementen unerlässlich ist.

### c) Kritik an Politikern, Parteien, staatlichen Institutionen und Verbänden

Die auf diesen Bereich gerichteten Vorwürfe stehen grobenteils im Zeichen der Spannung zwischen Idealvorstellungen und Notwendigkeiten des pragmatischen Kompromisses im politischen Alltag der Demokratie. Trotzdem — und gerade deswegen — geben sie Anlaß zu fragen, ob das politische Führungsverhalten und die zu einer Führung in der Demokratie dienenden organisatorischen Instrumente nicht einer erreichbaren Verbesserung näher gebracht werden könnten. Zumindest ist letztlich die Frage aufgeworfen, in welcher Weise die tragenden Kräfte der Demokratie dazu beitragen können, die Selbstdarstellung der Demokratie und ihrer vielfältig ineinandergreifenden Prozesse der Willensbildung dem Bürger und der Jugend noch näherzubringen, sie durchsichtig, glaubhaft und überzeugend zu gestalten.

Unter anderem sind folgende Vorwürfe erkennbar:  
gegen Politiker

- Unzureichende Qualifikation und Vorbildung



- Pragmatismus und Opportunismus, mangelnder Mut zu unpopulären Entscheidungen und Maßnahmen.

- Ideenlosigkeit und Selbstbefangenheit

gegen Parteien und Regierung

- Fehlen von großen Zukunftsentwürfen

- Innere Erstarrung der Parteien

Unmöglichkeit für das einzelne Parteimitglied, den politischen Kurs der Partei mitzubestimmen; Herrschaft der etablierten Parteimitglieder;

Manipulation der Willensbildung in der Partei durch Parteibürokratie

- Oligarchie in den Verbänden

- Unentschlossenheit und mangelnde Zielplanung in der europäischen Integrationspolitik

- Ratlosigkeit und zögerndes Verhalten in der Bildungs-politik und Bildungsplanung

- Fehlen einer Antwort und zögernde Einstellung zur Frage der Pressekonzentration

- Fehlen einer echten Opposition (Große Koalition)

In diesen Vorwürfen zeigen sich Grundeinstellungen, die nach überzeugenden sachlich-politischen Leitbildern, nach „Transparenz“ des demokratischen Geschehens, nach größerer demokratischer „Unmittelbarkeit“, nach Verbreiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten — jedenfalls aber der ideellen Teilnahmemöglichkeiten — für den einzelnen drängen. Mehr schöpferische politische Dynamik, größere Entscheidungsfreudigkeit und mehr glaubwürdige Offenheit der politischen Äußerungen werden erwartet.

Darin liegen — trotz aller idealen Maßstäbe, von denen die Kritik ausgehen mag — deutliche Hinweise, in welcher Richtung Verbesserungen angestrebt werden sollten, um ein positives Engagement der Jugend und Studentenschaft zu fördern.

#### d) Kritik an politischen Vorgängen und Ereignissen

Hauptangriffspunkte der Proteste und Agitationen waren:

- Vietnam-Krieg
- Besuch des Schahs von Persien
- Notstandsversorgung
- „Monopolstellung“ der Springer-Presse
- „Neokolonialismus“ gegenüber den Entwicklungsländern
- das Militärregime in Griechenland.

Die große Breitenwirkung der SDS-Propaganda war nur möglich, weil diese Problembelastungen vorhanden gewesen sind. Wenn Kräfte fehlen, die — wenn auch in grober Akzentuierung — jeweils die gesamte Problemlage solcher komplexen und von großen Wertkonflikten beherrschten Ereignis- und Situationsbereiche durchschaubar und deutlich zu machen verstehen, ist es radikal politischen Gruppen verhältnismäßig leicht, die öffentliche Meinung einseitig und nachhaltig zu beeinflussen und aufzubringen. Wenn die gezielte Agitation bereits begonnen hat, ist es meistens zu spät. Jede „Gegendarstellung“ sieht dann nach Rechtfertigung aus und hat von vornherein die Emotion der Protestierenden und Angreifenden in kaum noch aufzufangendem Ausmaße gegen sich.

Dies sollte Veranlassung geben, Konfliktherde, die künftig neue Angriffsziele abgeben könnten, rechtzeitig aktiv in die öffentliche Diskussion einzuführen und in abwägend wertender Form und deutlicher Sprache darzustellen. Diese „Aufklärungs- und Angriffs-Strategie“ dürfte schon weitgehend verhindern können, daß revolutionäre, radikale Energien zur Entfaltung kommen. Wer beide — oder mehrere — Seiten einer Problemkonstellation schon kennt, fühlt sich einseitigen Darstellungen überlegen und wird zumindest zögern, sich von ihnen einnehmen zu lassen. Der Mut, gleichzeitig die Wahrheit zu sagen und Probleme darzulegen, wird allerdings nur begrenzt wirksam sein, wenn er sich lediglich in Äußerungen einzelner



politischer Persönlichkeiten manifestiert. Solche politischen Manifestationen müssen von zielstrebig vorgehenden, zu gemeinsamer Aktion verbundenen Gruppen politischer Persönlichkeiten getragen sein.

## 2. Tiefere Ursachen

### a) Allgemeiner Autoritätsschwund

Begriffe wie Kirche, Staat, Schule, Gewerkschaften, Universität und Elternhaus sind weitgehend entmythologisiert. Dies ist eine Folge des Glaubens an die Rationalität aller Dinge und ein Ergebnis kritischen Zurückblickens auf die Bewährung dieser Institutionen in der Vergangenheit zugleich mit der Erkenntnis und mit dem Erlebnis gegenwärtiger Anpassungsschwierigkeiten.

Die zunehmende Bereitschaft der Jugend, sich politisch zu engagieren, läßt sich nur dann in eine positive Mitwirkung umsetzen, wenn begeisterungsfähige, aber rational dazustellende Leitbilder vorhanden sind. In dieser „Zugkraft“ sachlich-politischer Leitvorstellungen, unterstützt durch Aufrichtigkeit, Mut und persönliche Dynamik, dürfte die Wirkung Kennedys auf die Jugend ihren Ursprung gehabt haben. — Selbstverständlich muß dabei die Grenze eines Übergangs zum „Persönlichkeitskult“ beachtet werden.

Die in der Verantwortung stehende Generation wird unsicher, wenn sie nach Werten und Motiven ihres Handelns gefragt wird. Sie bleibt häufig der nach neuen Leitbildern fragenden Jugend überzeugende Antworten schuldig. Die Situation im Elternhaus ist weitgehend gekennzeichnet durch die Hilflosigkeit der Eltern gegenüber modernen Lebensformen. Bei ihrer Suche nach eigenen, neuen Idealen und Werten hat sich ein Teil der Studenten der utopisch-marxistischen Verheißung zugewandt.

### b) Mängel der politischen Bildung in der Schule

Die überkommenen Lehrmethoden verhindern — auch in geeigneten Phasen der Schulausbildung — einen wirkungsvollen Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung

der Schüler. Darüber hinaus wird nicht selten der staatsbürgerliche Unterricht von Schülern und Lehrern als Pflichtübung aufgefaßt. Den Lehrern fehlt oft das persönliche Engagement und teilweise die vertiefte Sachkenntnis. Der als Institutionenkunde aufgelegte Unterricht führt dazu, daß der Jugend zwar der demokratische Anspruch nahegebracht, nicht aber das Verständnis für die Wirklichkeit vermittelt wird. Sie erhält nicht das Rüstzeug, um mit der in der Praxis bestehenden Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit fertig zu werden.

### c) Sondersituation der Studenten

#### aa) Mentalität der Studenten

##### ● Allgemeine intellektuelle Kritikbereitschaft.

An der Universität wird der Student mit den Ergebnissen kritischer Forschung seiner Professoren bekanntgemacht. Kritik wird als wissenschaftliche Methode gepflegt. Dies führt naturgemäß zu einer kritischen Einstellung der Studenten gegenüber der Politik.

##### ● Mangelnde Bereitschaft zu tätigem politischem Engagement.

Kritische Studenten sind ein Gewinn für die Demokratie. Kritik setzt voraus, daß man sich die Wirklichkeit anders vorstellen kann, als sie ist. Indessen leidet die kritische Position der Studenten vielfach darunter, daß mehr die faktischen Verhältnisse vom theoretischen Ideal her gewertet werden, als umgekehrt die Ideal- und Zielvorstellungen von den tatsächlichen Möglichkeiten her überprüft werden. Das führt fast zwangsläufig zu einer Art von Engagement, die dazu neigt, sich dem Bestehenden mehr oder weniger schroff „entgegenzusetzen“. Die Konsequenz dieser Haltung ist Verzicht auf Mitwirkung im Rahmen der Verfassung und ihrer Institutionen, Verwerfung des Gedankens an Nutzung dieser Institutionen für eine organische Veränderung der Verhältnisse. Diese Distanz zur politischen Wirklichkeit ist noch dadurch vergrößert worden, daß Studenten als Gesprächspartner nicht immer

erst genommen wurden. Dies geschah mancherorts erst, nachdem die Protestaktionen einen erheblichen Umfang angenommen hatten.

Den Studenten muß deutlich gemacht werden, daß sie als Partner akzeptiert werden.

bb) Statusunsicherheit der Studenten

- Studentsein ist „festgehaltene Kindersituation“ (Habermas)<sup>34</sup>.
- Studentische Existenz ist Übergangerscheinung.

Universitätsstudenten sind im allgemeinen in einem Alter, das man biologisch als erwachsen bezeichnet. Dennoch unterscheidet sich der Student wesentlich von gleichaltrigen, in den Arbeitsprozeß eingegliederten Nichtstudenten. Seine Altersgenossen haben geheiratet, verdienen Geld und geben es nach Belieben aus. Die meisten Studenten bleiben finanziell von ihren Eltern abhängig; die Gesellschaft betrachtet sie als Heranwachsende, die noch keine Verantwortung tragen. Dieser Sonderstatus wird zum Anlaß genommen, den Studenten, als Lernenden, unter die Jugendlichen einzustufen und ihm sein Recht auf Mitwirkung in Staat und Gesellschaft abzuspargeln<sup>35</sup>. (Ein Spiegelbild dieser Haltung ist die allgemeine Einstellung zu Studentenehen.) Der Student empfindet seine Existenz als Ausnahme- und Übergangerscheinung. Sein zukünftiger Platz in der Gesellschaft ist noch völlig offen. Ihm fehlt — wenn auch uneingestanden — die Sicherheit. Der Sicherheit des Elternhauses ist er entzogen; die Bindungen, die Berufsleben und Heirat vermitteln, fehlen noch. Je länger dieser Zustand der Unsicherheit dauert, desto unwahrscheinlicher ist es, daß die Ursache des Unbehagens in der unklaren persönlichen Lage erkannt wird; um so ausgeprägter wird die Neigung, die Erwachsenen dafür verantwortlich zu machen. Die Erklärungen werden häufig in den Ideologien radikaler Bewegungen gesucht und gefunden. Der so in Frontstellung zur Gesellschaft geratene Student reagiert empfindlich, wenn ihm seine Existenz als Ausnahmeerscheinung vorgehalten wird. Er

empfindet es bereits als Genugtuung, daß studentische Aktionen überhaupt zum Politikum geworden sind<sup>36</sup>.

Die Folgen dieser Reaktion können nur abgebaut werden, wenn die Gesellschaft ihre Haltung gegenüber dem Studenten ändert. Der Student muß als gleichberechtigter Partner in Staat und Gesellschaft anerkannt werden. Es ist notwendig, dem Studenten und der Bevölkerung bewußt zu machen, daß die Fortbildung an der Universität ein entscheidender Beitrag für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft ist. Darüber hinaus sollte dem Studenten ermöglicht werden, die Funktion von Erwachsenen zu übernehmen. Bei der Planung von Studentenwohnheimen sollte eine abgewogene Lösung für die Frage der Unterbringung von Studentenehepaaren gesucht werden. Die Entstehung von Studententghettos am Stadtrand oder im Universitätsviertel sollte vermieden werden. Darüber hinaus erscheint es geboten, überhaupt die Frage der Erziehung von größeren Studentenwohnheimen sehr kritisch zu überprüfen.

\*

### III. Aktionsformen der Proteste und Unruhen

Der Verlauf der Unruhen, vor allem in Berlin, hat gezeigt, daß methodische Demonstrationsformen, insbesondere die Technik der „begrenzten Regelverletzung“, ein besonders wirksames Mittel zur Emotionalisierung der Massen und damit zur Weckung eines aggressiven „sozialrevolutionären“ Bewußtseins sind. Die Methoden studentischer Proteste und Demonstrationen wurden aus den USA (Berkeley-Universität) übernommen<sup>37</sup> und zum Teil weiterentwickelt. Dabei wurden die für die einzelnen Aktionsformen verwendeten Bezeichnungen (Go-in, Sit-in usw.) unverändert mitübernommen.

Die bisher in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in Berlin, praktizierten geläufigsten Demonstrationsformen lassen sich etwa wie folgt charakterisieren:

#### 1) Friedliche Demonstrationen und Protestäußerungen

- Spaziergängerprotest
- Picketing-lines

## 2) Formen aktiver Herausforderung, Widerstand und Gewalt

- Sit-in
- Go-in
- Teach-in
- Provokative Demonstrationen

### 3) Sonstige Formen und Mittel der Agitation:

Märsche und Züge, Flugblätterverteilung, Streik, Boykott etc.

#### Zu 1) (Friedliche Demonstrationen und Protestaußerungen)

##### Spaziergeprotest

- Die sonst für Demonstrationen geltenden Bestimmungen können umgangen werden;
- Mehrere kleine Gruppen (3—4 Studenten) finden sich plötzlich an zentralen Punkten zu Diskussionen zusammen;
- Es bilden sich Zuhörertrauben von Passanten;
- Fußgängerverkehr kommt zum Erliegen und Polizei wird zum Einsatz genötigt;
- Polizei versucht, die Diskutierenden zu zerstreuen und hat die Öffentlichkeit sofort gegen sich;
- Es kommt zu Verhaftungen, womöglich unter Schlagstockgebrauch; dabei werden selbst harmlose Passanten festgenommen;
- Polizei wird lächerlich gemacht, polizeiliche Fahrzeuge werden angegriffen;
- Polizeibeamte werden beschimpft und mit Wurfgeschossen (Farbeiern, Tomaten etc.) angegriffen;
- Verstärkte Polizeigruppen versuchen, die Menge zu zerstreuen;
- Es kommt zur Guerilla-Taktik: Demonstranten laufen weg — Passantenauflauf bleibt zurück;

— Hinzu kommen „happenings“ (Verbrennen von Strohpuppen, Werfen von Konfettischlangen, Tanz auf der Straße).

##### Folgen:

- Heilloses Durcheinander;
- Emotionen werden wahgehalten;
- Massen werden in Bewegung gebracht;
- Die staatlich-gesellschaftlichen Apparate und Institutionen (Bürokratie, Polizei, Justiz, Schulen, Universitäten) werden durch die kontinuierlich gesteigerte Belastung erschüttert.

##### Picketing-line

- Nicht anmeldepflichtig, da keine eigentliche Demonstration;
- Einzelne Protestierende (Studenten) tragen in großen Abständen Plakate mit politisch provozierenden Überschriften durch die Straßen;
- Ähnliche Plakate werden auch vor Gebäuden (Fabriken, Parteizentralen, Botschaften) aufgestellt;
- Picketing-lines verlaufen in der Regel harmlos, es soll lediglich Aufmerksamkeit erzeugt werden;
- Gelegentlich kommt es zu Ausschreitungen oder einzelnen Übergriffen.

##### Folgen:

Provokation der staatlichen Gewalt, Mobilisierung der Öffentlichkeit

##### Zu 2) (Formen aktiver Herausforderung, Widerstand und Gewalt)

##### Sit-in

- Ein in der Regel generalstabsmäßig vorbereiteter Sitzstreik, durch den eine spontane Protesthaltung zum Ausdruck kommen soll;
- Mit gezielter, aufklärerischer Agitation verbunden;
- Ausnutzung massenpsychologischer Möglichkeiten (überfüllte Veranstaltungs- und Hörsaalräume);

- Anfänglicher Protest steigert sich zur Provokation, um gestecktes Ziel zu erreichen;
  - Herausforderung der staatlichen Institutionen durch besonders geschulte Initiativgruppen;
  - Erweckung des Eindrucks, man übe durch die Protesthaltung plebiszitär demokratische Entscheidungsfunktionen aus;
  - Dauerklotschen, Pfeifen, Buhen und Johlen lassen Andersdenkende nicht zu Wort kommen oder in die Diskussion eingreifen (besonders geschulte Kadergruppen übernehmen Regie);
  - Durch eintreffende Solidaritätserklärungen (teilweise vorher bestellt) wird die Stimmung laufend angeheizt, bis es schließlich zum völligen Durcheinander (Chaos) kommt.
- Folgen:
- Erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung;
  - Lahmlegung oder starke Behinderung des Verkehrs;
  - Beeinträchtigung der Arbeitsweise der betroffenen Institution;
  - Blockierung der Außerstätigkeit der Institution (z. B. Verhinderung von Zeitungsauslieferungen);

#### G o - i n

- Belagerung oder Besetzung eines wichtigen Gebäudes (Verlagshaus, Universität, Parteizentrale);
- Herbeiführung heillosen Verwirrung (verstärkt durch vorher bestellte Störgruppen);
- Sprengung oder „Umfunktionalisierung“ von Veranstaltungen;
- Verteilung von Flugblättern und Resolutionen mitten in Aufführungen oder Veranstaltungen;
- Erzwingung von Diskussionen mit führenden Persönlichkeiten (Abgeordneten);
- Totale Störung von Vorlesungen und Übungen politisch andersdenkender Professoren.

#### Folgen:

- Es entsteht stets ein Akt der Gewalt;
- Andersdenkende werden an der Ausübung ihrer Rechte gehindert;
- Andersdenkende werden zu bestimmten Aussagen und Verhaltensweisen gezwungen;
- Versuch, Forderungen in ultimativer Form durchzusetzen;
- Meistens Abbruch der Veranstaltung (ggf. Saal-Schlacht).

#### T e a c h - i n

- In der Regel eine Begleiterscheinung eines Sit-in;
- Permanente Diskussion wird ergänzt durch spontane Einzelbeiträge aus dem Publikum;
- Ein Sit-in kann auch ein Teach-in sein;
- Read-ins, be-ins und love-ins sind Varianten ein und derselben Demonstrationsform.

#### Folgen:

ähnlich wie Go-in.

#### Provokative Demonstrationen

- Künstliche Erzeugung von Konfliktsituationen, z. B. zwischen Universität und Gesellschaft;
- Nicht Thema ist wichtig, sondern potentielle Konfrontation mit der Polizei;
- Konfliktsituationen ermöglichen es, auch ursprünglich desinteressierte Studenten zu aktivieren;
- Solidaritätsbekundungen bestärken Demonstranten, gegen die bestehende Ordnung vorzugehen;
- Bei genehmigten Demonstrationen werden Auflagen (Demonstrationsweg) mißachtet, um Polizei zu provozieren;
- Prügeleien und Festnahmen werden provoziert, um Märtyrer zu haben;
- Gewalttätige Übergriffe zeichnen das Bild der völligen Verwirrung;

— Das polizeiliche Vorgehen wird angeprangert.

Folgen:

siehe Demonstrationen bei Shah-Besuch, bei Deutsche-Attentat und bei Protesten gegen Vietnamkrieg;

**Zu 3)** (Sonstige Formen und Mittel der Agitation)

- Märsche, Züge;
- Flugblätterverteilung;
- Fasten;
- Hungerstreiks;
- Ablehnung von Ehrungen;
- Schulboykott;
- Mieterstreik;
- Steuerverweigerung;
- Konsumentenboykott;
- „Hearings“;
- „Kampagnen“ („Enteignet Springer“);
- „Nonkooperationen“ aller Art.

\*

#### IV. Voraussichtliche Entwicklung der Protestbewegung

##### 1. Entwicklung im SDS

Auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS wurde zwar ein funkföfiges „Führungskollektiv“ als Bundesvorstand gewählt, die Koordinierung der wichtigsten Bereiche der Verbandsarbeit aber weitgehend einzelnen SDS-Gruppen übertragen. Darin spiegelt sich ein Ergebnis innerer Auseinandersetzungen wider: starke Kräfte der „antiautoritären“ Richtung drängen darauf, den Verband „rätedemokratische“ Züge zu geben, insbesondere eine Bürokratisierung und Zentralisierung zu vermeiden.

Formelle Beschlüsse zur Strategie und Taktik faßte die Konferenz nicht. Als Schwerpunkte der künftigen Agitationsarbeit wurden herausgestellt:

- „Hochschulkampagne“
- „Bundeswehrkampagne“
- „Justizkampagne“
- Verstärkte Arbeit in Basisgruppen (Bündnis mit der Arbeiterschaft)

Entsprechende „militante Aktionen“ wurden angekündigt. Es verblieb bei der Bejahung von Gewaltanwendung.

Diese Tendenzen — auch im Bereich der inneren Verbandsorganisation — haben sich bei der letzten Delegiertenkonferenz (13./14. April) fortgesetzt. Wiederum konnten verbindliche Strategie-Beschlüsse nicht gefaßt werden, da die Auffassungen über „Theorie und Praxis“ in grundlegenden Fragen auseinandergehen.

Die Aktionsschwerpunkte wurden um zwei wichtige Vorhaben erweitert:

- Es wurde angekündigt, daß zumindest einige große Prozesse gegen Studenten zu „Schauprozessen“ umfunktioniert werden sollen
- Stärkeres Augenmerk soll künftig den Gastarbeitern zugewandt werden, um sie „nicht nur über die politischen Verhältnisse in Deutschland, sondern auch in den Diktaturen europäischer Randgebiete“ aufzuklären.

Die Tatsache, daß Organisation und Willensbildung im SDS sich mit den herkömmlichen Vorstellungen von einer schlagkräftigen Organisation nur schwer vereinbaren lassen, darf nicht zu der Annahme verleiten, der Verband sei handlungsunfähig und ungefährlich. Die „Basisgruppen“ und „informellen Kader“ in den einzelnen SDS-Gruppenbereichen haben auch in der Vergangenheit ohne zentralistische Satzung die Aktionen zentral gesteuert und eine zumindest auf den ersten Blick verblüffende Gleichwertigkeit und Gleichzeitigkeit des Handelns er-



reicht. Dies entspricht der Lehre Maos und den taktischen Grundsätzen Giangs, der beiden "wichtigsten revolutionstheoretischen Vorbilder der „Antiautoritären“ im SDS.

## 2. Entwicklung bei den anderen linksgerichteten Studentengruppen

Aus Kreisen des LSU, SHB und der HSU waren auch in den letzten Monaten radikale Äußerungen zu hören. Andererseits sind aus diesen Gruppen Stimmen laut geworden, die die Anwendung von Gewalt gegen Personen (Vorkommnisse in Berlin anlässlich der Verhandlung gegen Rechtsanwalt Mahler) verurteilten.

Diese Gruppen werden in absehbarer Zeit wohl kaum ein Gegengewicht gegen den SDS bilden können und wollen.

## 3. Distanzierung zwischen SDS und linksorientierten Professoren

In letzter Zeit gab es Anzeichen dafür, daß auch politisch weit linksstehende Professoren das revolutionäre Treiben radikaler Studentengruppen wie auch deren ideologische Position zunehmend kritisch beurteilen.

Professor Habermas hielt den Studenten vor, daß viele ihrer „Regelverletzungen“ sich auf Pennälerniveau hielten und es daher naiv sei, eine Solidarifizierung der Älteren mit den Jüngeren zu erwarten. Er wirft dem SDS eine völlige Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Situation vor, denn es fehle jedes Anzeichen für eine revolutionäre Lage. Nach seiner Auffassung verwechseln die radikalen Studenten Realität und Wunschphantasie.

Zu dem Kreis um Habermas können seine Frankfurter Kollegen von Friedeburg, Adorno und Mitscherlich gezählt werden, die sich erst unlängst entschieden gegen die Besetzung des soziologischen Instituts ihrer Fakultät durch Studenten ausgesprochen haben. In diesem Zusammenhang ist auch Professor Flechtheim (FU Berlin) zu nennen, der sich bei einer Diskussion mit Dutschke über die zukünftige Gesellschaft scharf gegen dessen These

„Keine Freiheit für Konterrevolutionäre“ ausgesprochen hat.

Den Äußerungen Habermas' vorausgegangen war im Mai 1968 die Blockade der Universität Frankfurt mit anschließender Erstürmung und Besetzung des Rektorats. Die kritische Stellungnahme von Professor Habermas führte zur Herausgabe eines Buches mit dem Titel „Die Linke antwortet Habermas“. Darin setzen sich folgende Autoren mit dem Frankfurter Soziologen auseinander:

Abendroth, Brückner, Krippendorff, Lederer, Lefèvre, Meschkat, Negt, Reiche und Frank Wolff.

Bei aller Unterschiedlichkeit des fachlichen und politischen Standorts dieser Autoren lassen sich die von ihnen gegen Habermas erhobenen Vorwürfe dahin zusammenfassen, daß er mit seinem „liberalen Maklertum“ („Lederer“) zur Stützung des „Establishments“ beitrage, weil er nicht bereit sei, die notwendigen revolutionären Schritte mitzuvollziehen.

## 4. Aktionen

Im Wintersemester 1968/69 haben die „Aktionen“ wieder zugenommen; es kam zu einer Häufung von Gewalttätigkeiten (Besetzung von Gebäuden und Universitätsräumen, Brandstiftungen, Steinwürfe gegen Polizei usw.). Hauptanlässe waren Gerichtsverhandlungen gegen Teilnehmer früherer Aktionen, Verhaftungen von Studenten (Heidelberg), die Einleitung von Hochschul-Hausordnungsverfahren gegen einzelne terroristisch hervorgetretene Studenten und politische Ereignisse (Spanien, Griechenland, Iran und Türkei). Die Zahl der an den Demonstrationen Beteiligten war jedoch im Durchschnitt geringer als im Sommersemester.

Gegen Mitte Februar haben die gewalttätigen Aktionen und Störaktionen — wohl infolge des Semesterendes, aber auch als Folge verstärkter und flexibler Polizeieinsätze — leicht abgenommen: Öffentlich angekündigte Großaktionen gegen den Besuch des amerikanischen Präsidentsen und gegen die Bundesversammlung in Berlin

blieben aus. Protestaktionen geringeren Ausmaßes richteten sich vor allem gegen Wehrpflicht und Bundeswehr. Die Ostermärsche blieben — bei nur mäßiger Beteiligung — ohne größere Zwischenfälle. In einzelnen Städten kam es zu Schmierereien, „Straßenumbenennungen“ und Einzelstörungen sowie Flugblattaktionen mit Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung.

### 5. Voraussichtliche Entwicklung in nächster Zeit

Die organisatorische und ideologische Verfestigung der die Protestbewegung tragenden Gruppen (vor allem des SDS, mit Ausstrahlung auch auf Republikanische Clubs) wird voraussichtlich auch in Zukunft durch Spannungen zwischen der „antiautoritären“ und der „traditionalistischen“ Richtung behindert werden, wenngleich sich die „Antiautoritären“ weitgehend durchgesetzt haben. Das „anarchistische Selbstverständnis der herrschenden „Antiautoritären“ steht jeder organisatorischen Straffung und Zentralisierung — auch wenn mit Einführung von Instrumenten demokratischer Kontrolle verbunden — entgegen. Die organisatorische Schwäche hindert die radikalen Gruppen jedoch nicht, ihre Aktionen fortzusetzen. Mit solchen Aktionen ist weiterhin in folgenden Bereichen zu rechnen:

- Agitation gegen die Entwürfe der neuen Hochschulgesetze und -satzungen (Hochschulkampagne)
  - Ausschreitungen aus Anlaß von Gerichtsverfahren gegen Angehörige der „APO“ (Justizkampagne)
  - Sammlung von linksextremen Kräften in Westeuropa für eine Kampagne gegen die NATO
  - Fortführung der Agitation gegen die Bundeswehr (Bundeswehrkampagne), nicht so sehr auf Förderung von Desertionen als vielmehr auf Schaffung revolutionärer Kader in der Bundeswehr und auf Förderung der Kriegsdienstverweigerung gerichtet
  - Politische Agitation im Bundeswahlkampf
- Dabei werden die „traditionalistischen“ Kräfte vor allem die kommunistisch gesteuerte „Aktion Demokratischer

Fortschritt“ (ADF) unterstützen. Die „Antiautoritären“ werden die Veranstaltungen der demokratischen Parteien und vielleicht auch der ADF heimsuchen und stören. Auch mit Störmaßnahmen gegen Veranstaltungen der rechtsradikalen NPD ist zu rechnen.

- Verstärkte Bemühungen werden sich, entsprechend den Ankündigungen auf der letzten Delegiertenkonferenz des SDS, auf Beeinflussung ausländischer Gastarbeiter richten.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß der „revolutionäre Eilan“ noch kaum nachgelassen hat. Die führenden Kräfte der „APO“ haben einen „heißen Sommer“ angekündigt.

### 6. Perspektiven der längerfristigen Weiterentwicklung

Es ist gegenwärtig kaum möglich, die Entwicklung im Kraftfeld der radikalen Bestrebungen auch nur einigermaßen treffsicher abzuschätzen. Hier seien nur einige Grundlinien aufgezeigt:

- a) Von entscheidender Bedeutung wird sein, ob die Studien- und Hochschulreformen zügig verwirklicht werden und sachlich so angelegt sind, daß sie dem „Massenbetrieb“ an den Hochschulen wirksam begegnen, das wissenschaftliche Engagement der großen Mehrheit der Studenten kräftig beleben, persönliche Kontakte zwischen Lehrenden und Lernenden herstellen, quantitative Überforderung durch hohe qualitative Anforderungen und eine enger „praxisbezogene“ Lehrstoffgestaltung ersetzen und insgesamt zu einer Integrierung der Studenten in die Gesellschaft und das Berufsleben beitragen. Es scheint, daß demgegenüber Fragen einer formalen „Mitbestimmung“ der Studenten im Hochschulbereich nur sekundären Rang haben.
- b) Begleitbedingung für die Verwirklichung der Reformen ist die Sicherung eines „gewaltfreien Raumes“ an den Universitäten. Offensichtlich hat der unterschiedlere, aber überwiegend maßvolle Polizeieinsatz bei Gewaltaktionen schon eine gewisse Dämpfung der Angriffslust der radi-

kalen Gruppen bewirkt. Es scheint auch, daß die Schließung von Fakultäten und Instituten, durch die die "unbeteiligte" Studentenschaft spürbar mitbetroffen wurde, schon gewisse Gegenreaktionen ausgelöst hat, die den SDS zumindest zu vorsichtigerem Abwägen bei Planung und Durchführung seiner Aktionen nötigen. Die Welle der anfänglich breiten "Solidarisierung mit den Erfolgreichen" — mit dem SDS und seinen Anschlußgruppen — scheint zurückzugehen. Auch das entschiedenere Durchgreifen der Hochschul- und Strafverfolgungsbehörden scheint dazu beigetragen zu haben.

Hinzu kommt, daß sich das Schrifttum inzwischen in größerem Umfange der kritischen Auseinandersetzung mit der SDS-Ideologie angenommen hat und daß diese zur Objektivierung und "Entmythologisierung" beitragenden Schriften mehr und mehr Eingang in die Studentenschaft finden. Es scheint, daß breitere Studentenschichten sich in zunehmendem Maße des utopischen Charakters der SDS-Zielvorstellungen bewußt werden.

c) Darüber hinaus gibt es Anzeichen, daß die gemäßigtere Studentenschaft sich stärker gegen die radikalen Gruppen zu formieren und zu organisieren beginnt. Manche ASTA-Wahlen haben bereits zu einer Verdrängung der SDS-Vertreter aus der beherrschenden Position geführt. Auch die Entwicklung im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), die "Umfunktionierung" dieses Dachverbandes in einen sozial-revolutionären Kampfverband und die damit eingeleitete Abspaltung der gemäßigten Studentenvertreter (Gründung einer unabhängigen Arbeitsgemeinschaft), dürften zu dem sich andeutenden Klärungsprozeß beitragen.

d) Besonders empfindliche Angriffspunkte dagegen scheinen zunächst die Fragen der Wehrerechtigkeit, der Kriegsdienstverweigerung und der ideologischen Durchdringung der Bundeswehr zu bleiben. Die Gefahren durch Agitation in diesen Bereichen sind langfristiger Art, darum aber besonders ernst zu nehmen. Die vom SDS ge-

schürten Unzufriedenheiten und staatsfeindlichen Einstellungen haben erhebliche Ausstrahlungskraft; sie wirken weit in gesellschaftliche Gruppen der jungen Generation hinein.

Nicht minder besorgniserregend ist die fortschreitende sozialrevolutionäre "Bewußtseinsarbeit" an den Schulen. Wenn es nicht gelingt, die äußeren Einflüsse von seitens des SDS und mancher Kontaktgruppen durch innerschulische Reformmaßnahmen zu neutralisieren, dürften mit dem studentischen Nachwuchs mehr und mehr "ideologisch bewußte" Kräfte in den Hochschulbereich nachrücken. Von radikaler Gesinnung getragene Wechselwirkungen zwischen Schule und Hochschule würden dadurch weiter verstärkt.

e) Auch die Anziehungskraft der zeitgenössischen revolutionstheoretischen Vorbilder (Mao, Giap u. a.) dürfte noch einige Zeit fortauern und den sozialrevolutionären Gruppen hinreichend Material zur Weiterentwicklung ihrer Konzeptionen und zur Entfaltung neuer "schöpferischer Handlungsinitiativen" bieten. Dies steht dem Gedanken, daß die sozialrevolutionäre Bewegung schon bald innerlich erstarren und ideologisch "ausbrennen" könnte, entgegen.

f) Schließlich sollte nicht verkannt werden, daß die "anti-autoritäre", utopisch-voluntaristische Richtung der SDS-Ideologie durchaus auch gewisse gedankliche Ansätze und Konzeptionselemente aufweist, die im Gesellschaftsbewußtsein unserer Zeit — vor allem in der jungen Generation — Widerhall finden. Das Verhältnis zur "Herrschaft", die Verbesserung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten, die Durchsichtigkeit und Kontrollierbarkeit demokratischer Prozesse der Willensbildung und Entscheidung, die "Anpassungszwänge" der modernen hochindustrialisierten Gesellschaft, das Empfinden einer "Manipulation" und einer Zurückdrängung elementarer menschlicher Freiheitsbedürfnisse durch sekundäre Auswirkungen des "Leistungsprinzips" sind Probleme, die mehr und mehr in das gesellschaftliche Bewußtsein vor-

dringen und zunehmend auch wissenschaftliche und politische Beachtung finden. Es ist zu erwarten, daß diese zukunftsbezogenen Gesichtspunkte um so mehr Resonanz finden, je mehr der Mensch der modernen Gesellschaft sich in technische und arbeitsteilige Mechanismen des Berufslebens eingezwängt fühlt. Die allgemein fortschreitende Emanzipierung des Menschen in der pluralistischen Gesellschafts- und Staatsordnung wird einen immer stärkeren Drang nach Freiheit und Mitbestimmung auslösen. Längerfristig wird darum von wesentlicher Bedeutung sein, in welcher Weise diese gesellschaftlichen Entwicklungsimpulse aufgegriffen und in rechtzeitige Reformvorstellungen umgesetzt werden.

\*

#### Anmerkungen:

- 1) Hierzu besonders George F. Kennan: *Rebellen ohne Programm. Demokratie und studentische Linke*. Henry Coverts Verlag, Stuttgart, 1968; Wulf Schönbohm — Jürgen Bernd Runge — Peter Radunski: *Die herausgeforderte Demokratie. Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution*, v. Haase & Köhler Verlag, Mainz 1968, Seite 37 ff.; Cox Commission Report: *Crisis at Columbia*, Random House, 1968.
- 2) Vgl. Seale and McConville: *French Revolution 1968*, Heinemann, 1968; Epistemon: *Ces idées qui ont ébranlé la France*, Fayard, 1968.
- 3) Vgl. hierzu und zum Folgenden: René Ahlberg: *Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung*, 1968, S. 3 ff.; Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 40 ff.
- 4) Vgl. Ahlberg, a.a.O. S. 7 f.; Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 42 ff.
- 5) Hierzu insgesamt Ahlberg, a.a.O. S. 15 ff.; Nikolaus J. Ryschkowsky: *Die linke Linke*. Günter Olzog Verlag, München-Wien. Reihe „Geschichte und Staat“ Band 129/130, S. 70 ff.; Peter Christian Ludz: *Zur politischen Ideologie der „Neuen Linken“*, in: *Die Wiedertäufer der Wohlfahrts-Gesellschaft*, hrsg. von Erwin K. Scheuch, Markus Verlag Köln, 1968, S. 29, 32 ff.

- 6) Vgl. Christian Watrin: *Spätkapitalismus?*, in: *Die Wiedertäufer der Wohlfahrts-Gesellschaft*, S. 40 ff.; Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 50 ff.
- 7) Vgl. Ahlberg, a.a.O., S. 10 ff., 15 ff., 19 ff.; Watrin, a.a.O. S. 48 ff.;
- 8) Vgl. Rudi Dutschke, Interview, in: „Konkret“, 1967, Nr. 6, S. 25.
- 9) Hierzu und zum Folgenden Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch — Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, 3. Aufl. Neuwied 1968, S. 15 ff.; Rudi Dutschke: *Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt*, in: *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 1968, S. 68 f., 70 f., 75, 89 f., 91.
- 10) Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, a.a.O. S. 17 f.;
- 11) André Gorz: *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt/M., 1967, S. 33; Ahlberg, a.a.O. S. 17; Dutschke: *Die Widersprüche des Spätkapitalismus* . . . , a.a.O. S. 91.
- 12) Das Ende der Utopie — Herbert Marcuse diskutiert mit Studenten und Professoren West-Berlins an der Freien Universität Berlin über Möglichkeiten und Chancen einer politischen Opposition in den Metropolen in Zusammenhang mit der Befreiungsbewegung in den Ländern der Dritten Welt, Verlag Peter von Maikowski, Berlin 1967, S. 17/18; Dutschke: *Die Widersprüche des Spätkapitalismus* . . . , a.a.O. S. 91 (54/55, 71, 75, 86); Gorz: *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, S. 45/46.
- 13) Hierzu und zum Folgenden: Ahlberg, a.a.O. S. 19 ff.; Dutschke, *Die Widersprüche des Spätkapitalismus* . . . , a.a.O. S. 86 ff., 90 ff., 93; Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 62 ff.
- 14) Das Ende der Utopie, a.a.O. S. 15.
- 15) Vgl. Dutschke, *Die Widersprüche des Spätkapitalismus* . . . , a.a.O. S. 86; Ahlberg, a.a.O. S. 19.
- 16) Dutschke, Interview, in: „Konkret“, 1967, Nr. 6 S. 25.
- 17) Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 60 ff., 68 ff.; Ahlberg, a.a.O. S. 19, 20 ff.
- 18) Dutschke, Interview „Wir fordern die Enteignung Springers“, in: *Der Spiegel*, 1967, Nr. 29, S. 29.
- 19) Dutschke, Interview, in: *Der Spiegel*, 1967, Nr. 29, S. 29. Kritisch vor allem Manfred Hättlich: *Demokratie und Kapitalismus — Zum Demokratieverständnis der „Neuen Linken“*, in: *Die Wiedertäufer der Wohlfahrts-Gesellschaft*, S. 124 ff.; Gerhard A. Ritter: *„Direkte Demokratie“ und Rätewesen in Geschichte und Theorie*, in: *Die Wiedertäufer der Wohlfahrts-Gesellschaft*, S. 188 ff.
- 20) Siehe schon Rudi Dutschke: *Die Widersprüche des Spätkapitalismus* . . . , a.a.O. S. 87.

## ZUM THEMA

ist eine neue Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern. In weiteren Folgen werden die Sachbereiche der einzelnen Abteilungen des Bundesinnenministeriums dargestellt.

Bisher sind erschienen:

Band 1:

**Aufgaben und Organisation des Bundesministeriums des Innern**

Band 2:

**Sozialarbeit heute und morgen**

Band 3:

**Die Studentenunruhen**

Bundesministerium des Innern

Referat Öffentlichkeitsarbeit

53 Bonn 7, Rheindorfer Straße 198

21) Vgl. Zbigniew Brzezinski: Revolution oder Konterrevolution — Zum historischen Standort des Revolutionismus der „Neuen Linken“, in: Die Wiedertäufer der Wohltätigkeitsgesellschaft, S. 217, 218 ff.; zum Vergleich (SDS-Aktionen in Berlin) siehe Hans-Peter Schwarz: Studenten und Politik, S. 29 f., in: Tagungsbeiträge der Politischen Akademie Eichholz — Wissenschaftliche Arbeitstagung über das Problem des politischen Protestes der Studenten am 6. Mai 1968.

22) Vgl. Ahlberg, a.a.O. S. 5; Max Streibl: Die studentische Linksoption, in: Die rebellischen Studenten — Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?, hrsg. von H. J. Schoeps und Chr. Dannemann, München 1968, S. 170 ff. (176).

23) Rudolf Wildenmann und Max Kaase: Die unruhige Generation — Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik, Tabelle 327, T. 36.

24) Vgl. „BMI-Informationen“, hrsg. vom Bundesministerium des Innern — Referat Öffentlichkeitsarbeit, Ausgabe 5/69/5 (Rubrik „Innere Sicherheit“); Nikolaus J. Ryschkowsky, a.a.O. S. 86 ff.

25) Vgl. Ryschkowsky, a.a.O. S. 88 f.

26) Vgl. für den Gesamtbereich jugendlicher — auch studentischer — Proteste Hermann Glaser: Reflex und Reflexion — Zur Sozialpsychologie und Sozialpathologie des Protests, in: Tribüne, 8. Jahrg. Heft 29, 1969, S. 3118 (3108 ff.).

27) Vgl. u. a. „Konkret“ Nr. 10 September 1968, S. 23 (22 ff.).

28) Vgl. Dutschke: Die Widersprüche des Spätkapitalismus . . ., a.a.O. S. 84 (81 ff.).

29) Ryschkowsky, a.a.O. S. 89 ff.

30) Ryschkowsky, a.a.O. S. 92 ff.

31) Vgl. aber Friedrich Mager — Ulrich Spinnarke: Was wollen die Studenten? Fischer Bücherei Nr. 949, Frankfurt/M., 1967, S. 152.

32) unveröffentlicht

33) Hierzu insgesamt und ausführlicher Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 12 bis 26, 27 bis 36, 68 ff., 87 f., 93 ff., 99 ff.

34) Vgl. Mager-Spinnarke, a.a.O. S. 14; Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O., S. 12 f.

35) Kühn, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 2. 3. 1968.

36) Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 14.

37) P. Krippendorff (Übersetzer): Anleitung zum Handeln — Taktik direkter Aktionen, aus „Manual for direct action“, Skriptum, Oberbaupresse Berlin, 1967. — Vgl. zur folgenden Darstellung ferner: Schönbohm-Runge-Radunski, a.a.O. S. 77 ff.; Studenten und Presse in Berlin — Eine Untersuchung der Berichterstattung in Zeitungen und Zeitschriften über die Unruhen in Berlin am 2. Juni 1967 und deren Hintergründe, hrsg. vom Verlagshaus Axel Springer, S. 40 ff.